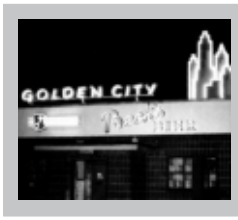
Wir

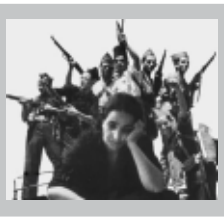
Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 27 - 2016



Hafen-Story: Golden City **Seite 11**

Ein Sonntag im Frühjahr 2016 **Seite 17**



Spanischer Bürgerkrieg **Seite 20**

Liebe Lesern, lieber Leser,

Editorial

nach einer längeren Pause sind wir mit unserer 1.- Mai-Ausgabe wieder da. In diesem Heft haben wir den Schwerpunkt Streik! Wird in Deutschland tatsächlich zu viel gestreikt, wie in den bürgerlichen Medien behauptet wird? Was ist eigentlich mit den Bremer Daimler-Kollegen, die unerlaubt gestreikt haben und sich dadurch Ärger nicht nur mit dem Arbeitgeber eingehandelt haben? Andererseits finden wir – natürlich im Nachhinein – die „unerlaubten" Streiks gut. Wer redet heute noch ablehnend über die „Wilden Streiks" von 1973? Alle diese Fragen diskutieren wir in dieser Ausgabe.

Erinnert sich noch jemand heute an die Bremer Küste? Oder den Hafen? Oder Klein St.-Pauli? Oder Golden City? Für die jüngere Generation ist diese besondere Bremer Nachkriegsgeschichte unbekannt,für viele der Älteren längst vergessen. Wir reden mit einer Künstlerin und mit einem Zeitzeugen über diese besondere Bremer Hafengeschichte: Golden City. Eine Bremensie!

Außerdem schreiben unsere AutorInnen u.a. über die Zustände in Deutschland und über 80 Jahre Spanischer Bürgerkrieg.

Ganz besonders freuen wir uns über die vielen Leserbriefe, die wir erhalten haben und jetzt veröffentlichen. Eine kleine Zeitung wie unsere lebt vor allem von Anregungen, Kritik und Diskussionen. Daher freuen wir uns immer, wenn wir zu diesem oder jenem Artikel in der Zeitung angesprochen werden oder besser Artikel und Briefe von Euch bekommen.

Wir wünschen Euch einen kämpferischen 1. Mai.

In eigener Sache. Alle Ausgaben unserer Zeitung „WIR" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar: www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Deutschland – „Streikland"? 3
Bereit zum Streik gegen Leiharbeit und Fremdvergabe 5
Umfassendes Streikrecht in Deutschland durchsetzen 8
„Wilde" oder selbständige Streiks? 9
Golden City – Eine Bremer Hafengeschichte 11
Zwischen Musik und Theater,
Hafengeschichte und Stadtdialog 15
Ein Sonntag im Frühjahr 2016 17
Zum Tod von Dieter Tarnowsky 19
80 Jahre Spanischer Bürgerkrieg 20
Spanien war ihre Hoffnung 21
Le Vernet war ihr Schicksal – Vergessene Spanienkämpfer.....22
Stadtteilgenossenschaft Hulsberg gegründet.....23
Leserbriefe..... 24
Ausstellungstipp: „Deutsche Flüchtlinge aufnehmen!" 27
Impressum 27
DGB-Veranstaltungen zum 1. Mai 28

Deutschland – „Streikland“?

Traudel Kassel

Deutschland wird zum "Streikland", titelt die „Wirtschaftswoche“ beim Beginn des Poststreiks. Im Artikel heißt es, „Arbeitgeber-Präsident warnt: Die vielen Streiks gefährden den guten Ruf der deutschen Wirtschaft.“

Die Welt (14.05.15): 2015 könnte das Streik-Rekordjahr werden ... „Bahn, Kitas, Post: Eine Streikwelle hat Deutschland erfasst. Nach Einschätzung von Experten könnte 2015 ein Rekordjahr werden. Bundesweit kam es bisher bereits zu 350.000 Ausfalltagen.“

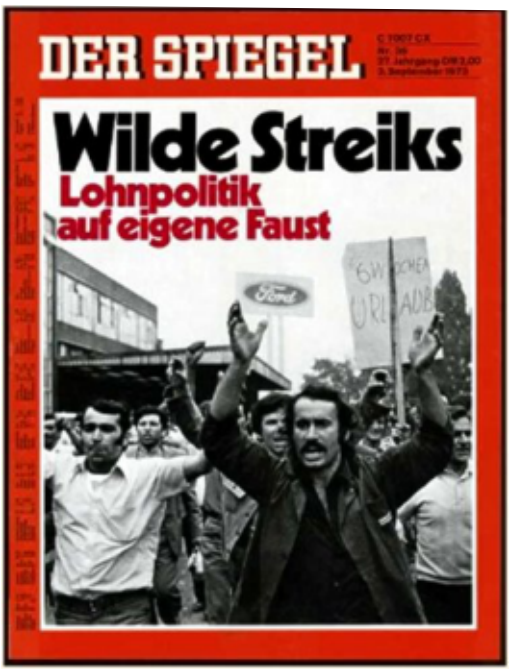
Was war 2015 in Deutschland wirklich los?

Warum haben Beschäftigte bei der Post, im Sozial- und Erziehungswesen („Kita-Streik“), bei Amazon, der Charité, bei der Lufthansa (Piloten, Flugbegleiter), bei der Bahn massenhaft und intensiv gestreikt?

Bei der **Post** ging es um die erfolgte Ausgründung von 49 regionalen Paketgesellschaften. In diesen Unternehmen arbeiteten schon mehr als 6000 Paketboten, die nicht nach dem Haustarif der Post, sondern nach den niedrigeren Tarifen der Logistikbranche bezahlt werden. Der Streik sollte erzwingen, dass sie tariflich unter das Dach der Post zurückkehren. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, es gab nur Trostpflaster, indem weitere Ausgliederungen ausgeschlossen und Kündigungsschutz bis 2017 vereinbart wurden. Neue Beschäftigte in der Paketzustellung müssen aber in den schlechter bezahlten Gesellschaften arbeiten. KollegInnen, die wochenlang gestreikt hatten, blieben enttäuscht zurück.

Die Vorgeschichte der Aufwertungskampagne im **Sozial- und Erziehungsdienst** reicht bis zur Einführung des TVöD 2004/05 zurück, durch den sich die Beschäftigten schlechter standen als vorher. Als Ausgleich dafür wurde eine Besserstellung bei den Eingruppierungen in Aussicht gestellt. In der Tarifrunde 2009/10 wurde der Versuch gemacht, dieses Ziel zu erreichen. Das Ergebnis des Streiks in der Schlichtung brachte aber nur geringe Erfolge. Jetzt war die Zeit gekommen, endlich eine grundsätzliche Anerkennung der Sozial- und Erziehungsberufe in der Gesellschaft, verbunden mit besserer Eingruppierung für die Beschäftigten durchzusetzen (siehe Artikel in der WIR 25).

Der Konflikt bei **Amazon** um einen Haus-Tarifvertrag führt schon seit drei Jahren zu wiederholten Streiks. Deshalb natürlich auch im Jahr 2015, denn das Unternehmen lenkt immer noch nicht ein. Allerdings wurden als Reaktion die Löhne etwas angehoben. Am Heuern und Feuern der befristet Beschäftigten und unzumutbaren Arbeitsbedingungen ändert das nichts. Der Kampf geht weiter.



Der Spiegel, 2.9.1973

Bei der **Charité,** mit ca. 16 700 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Berlin, ist erstmals ein Streik um bessere Personalausstattung in einer Klinik geführt worden, also um ein Streikziel jenseits von Geldforderungen. Der Streik endete nach 11 Tagen mit einem Erfolg, der auch der langjährigen Streikerfahrung dieser Belegschaft zuzuschreiben ist. Aus dem Streik 2011 hat man gelernt und z. B. KollegInnen von den Stationen mit ihrem Praxiswissen zu den Verhandlungen dazu geholt. Noch sind die Eckpunkte der Vereinbarung nicht umgesetzt – und 2016 will die Unternehmensleitung an den gemachten Zusagen plötzlich Änderungen zum Nachteil der Pflegekräfte hineinmogeln, angesichts der mehrfach bewiesenen Streikfähigkeit der Belegschaft ein riskantes Unterfangen.

Die **Lufthansa** ist 2015 von zwei Beschäftigtengruppen bestreikt worden, und zwar 13 Mal von den Piloten (Cockpit) und im Herbst eine Woche lang von den FlugbegleiterInnen (ufo). Bei den Piloten wie auch bei den FlugbegleiterInnen war besonders die Kündigung der bisherigen Übergangsregelungen im Alter ein großer Streitpunkt. Die FlugbegleiterInnen betonen aber auch die gestiegenen Belastungen in ihrem Beruf, bei den Piloten ging es außerdem um Tarif-Bedingungen für die Billigfluglinie Eurowings. Lange hat sich die Lufthansa trotz hoher Einbußen gesträubt, auf die Forderungen der Streikenden und auch des Bodenpersonals

einzugehen. Erst zum Jahresende hat man endlich so viel Entgegenkommen gezeigt, dass über die restlichen Streitpunkte ohne weitere Streiks weiter verhandelt werden soll. Weitere Streiks sind damit vom Tisch. Im März 2016 wurden enorme Gewinne der Lufthansa veröffentlicht.

Auch die **Deutsche Bahn** wurde 2015 wieder von der GdL bestreikt. Nach dem großen Streik von 2007 war das die härteste Auseinandersetzung zwischen der Bahn und der GdL. Insgesamt neunmal trafen die Beschäftigten den Zugverkehr empfindlich. Am Ende stand unter anderem die Anerkennung, dass die GdL nicht nur Lokführer, sondern auch das sonstige fahrende Personal vertreten darf. Erreicht wurde auch die Einstellung von zusätzlichem Personal, um 1 Mio. von 3 Millionen Überstunden bei Lokführern abzubauen. Entsprechende Vereinbarungen gelten für Zugbegleiter. Das Tarifeinheitsgesetz gilt bis 2020 nicht im Bereich der Deutschen Bahn – auch das ist ein wichtiger Erfolg der GdL. Diese Erfolge zählen – nicht die Angleichung der Löhne an diejenigen, die die DGB-Gewerkschaft EVG bereits Monate vorher erzielt hatte.

Gewerkschaften müssen Antworten auf neue Härte der Arbeitgeber finden

Vielen dieser Streikbewegungen gemeinsam ist, dass sie von Unternehmerseite bzw. den öffentlichen Arbeitgebern mit harten Bandagen geführt worden sind, die Zeiten sozialpartnerschaftlicher Tarifrituale scheinen vorbei. Streikbruch durch Beamte oder LeiharbeiterInnen und Diffamierung gewerkschaftlicher Vertreter und ihrer Forderungen mit Hilfe williger Medien gehörten zum Arsenal der jeweiligen ManagerInnen. Obwohl der GdL-Vorsitzende Weselsky handelte, wie ein Vorsitzender agieren muss, wurde er z. B. als „kleiner Napoleon“ diffamiert – als ob sich Beschäftigte durch einen kleinen Führer zu Streiks verführen ließen. Die breite Öffentlichkeit erfuhr über die spezifischen Streitpunkte und ihre Vorgeschichte in der Regel wenig. Man musste schon besonders interessiert sein, um sich aus unterschiedlichen Medien ein Bild machen zu können.

Die wichtigste Lehre aus den Streiks des vergangenen Jahres scheint mir zu sein: Die Arbeitgeber führen Tarifauseinandersetzungen zunehmend härter. Selbst enorm hohe Kosten – höher als die Kosten der Forderungen – durch Zug- und Flugausfälle haben die Bahn- bzw. Lufthansa-Vorstände monatelang nicht zum Einlenken bewegt. Die kommunalen Arbeitgeber bei Sozial- und Erziehungsberufen blieben hart, weil sie wirtschaftlich nicht getroffen wurden und um die hunderttausende Beschäftigten in Pflegeberufen nicht zu ermutigen, es den Kita-Beschäftigten gleichzutun und auch ihre – berechtigten – Ansprüche anzumelden. Gezielt wird auf die Diskreditierung von Streiks in der Öffentlichkeit hingewirkt, wenn sie beginnen weh zu tun.

Um dem zu begegnen, müssen auch die Gewerkschaften ihre Kämpfe politischer führen: von Beginn an Unterstützung unter GewerkschafterInnen über den Streikbereich hinaus organisieren, Streikbewegungen nach Möglichkeit so koordinieren, dass sie sich gegenseitig stärken können. Darüber hinaus muss um die öffentliche Meinung gerungen werden – mit Veranstaltungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Flugblättern. Der enge Kreis der Streikenden reicht dafür nicht aus. Es müssen Solidaritätsstrukturen aufgebaut werden, die die Informationen in alle Bereiche der Gesellschaft bringen und Aktionen organisieren können.

Ansätze für Solidaritätsaktionen hat es im Streik der Sozial- und Erziehungsbeschäftigten in Bremen und anderswo gegeben. Sie wurden aber im Juni mit Beginn der Schlichtung sang- und klanglos beendet, ohne über künftig notwendige Schritte zu beraten. Für die GdL-KollegInnen gab es Unterstützung durch bundesweit vertriebene Streikzeitungen. Auch der schwierige Kampf der Amazon-Beschäftigten wird inzwischen in Bad Hersfeld und Leipzig dauerhaft von Initiativen unterstützt und ver.di hat versucht, über Postkarten-Aktionen und Petitionen in die breitere Öffentlichkeit hineinzuwirken. Wirksamer wären natürlich breite Boykott-Aktionen durch die NutzerInnen. Solche sind jedoch nur möglich, wenn wieder ein Bewusstsein entsteht, dass Solidarität die einzige wirksame Waffe der arbeitenden Menschen ist. Das zu erreichen bleibt unser Ziel, auch wenn wir in Zeiten der Vereinzelung weit entfernt sind.

Mit 20 arbeitskampfbedingten Ausfalltagen (pro 1.000 Beschäftigte) blieb Deutschland trotz vermehrter Streikaktivitäten - international verglichen - auch 2015 im unteren Bereich. Frankreich führt die Statistik an mit 139 Streiktagen, gefolgt von Dänemark (135) und Kanada (102) . Quelle: WSI.

Bereit zum Streik gegen Leiharbeit und Fremdvergabe ...

Pippi Langstrumpf
Gastbeitrag

... zeigten sich in der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember 2014 über tausend Kollegen der Nachtschicht von Mercedes in Bremen. Und es war nicht das erste Mal: Bereits am 2. Dezember hatten ca. 2000 Kollegen die Arbeit für zwei Stunden niedergelegt. Und auch schon in der Nacht auf den 19. November hatten Kollegen im Rohbau ihre Arbeit niedergelegt und waren zum Betriebsrat marschiert. Daraufhin hatte die Betriebsleitung versucht die Belegschaft mit 75 Abmahnungen einzuschüchtern, doch wurden diese Abmahnungen nach einem Protestbesuch der Vertrauensleute wieder kassiert.

Bereits im September 2014 hatte eine Betriebsversammlung aus allen drei Schichten eine deutliche Sprache gesprochen: Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, die den Verzicht auf weitere Fremdvergabe fordert, sowie die Rückabwicklung des in den vergangen fünf Jahren erfolgten Outsourcing. Stattdessen: Festanstellung der Kollegen. Zudem stellten die Bremer Beschäftigten klar: Dem Beispiel des Sindelfinger Werkes werden wir nicht folgen. Ein Abkommen, wie es der dortige Betriebsrat mit der Werkleitung schloss, wird es in Bremen nicht geben. Also keine vollständige Akzeptanz der Wünsche des Daimler-Kapitals.

Für die, die am 12. Dezember für einige Stunden keine Autos für die Aktionäre bauten, gab es ein besonderes Geschenk: Weihnachtsmann Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG, legte 761 Kollegen eine Abmahnung unter den Weihnachtsbaum und wünschte schöne Feiertage mit der Familie.

„Nicht mit uns!“ sagten die von uns bezahlten Sekretäre der IG Metall. Allerdings nicht zu Zetsche, sondern zu den abgemahnten Kollegen. Die IGM verhandelt u. a. mit dem oben genannten Weihnachtsmann über die künftige Gestaltung der Werkverträge und der Leiharbeit. Und der Streik passte da eben nicht ins Konzept. So blieb er, was er war: Berechtigt, aber von der auserwählten Gewerkschaft IGM nicht anerkannt. Womit sich die Kollegen zur Recht im Stich gelassen fühlen. Denn aus Sicht der Geschäftsleitung Daimler war es abmahnenswert.

„Nicht mit uns!“ sagen 30 Kollegen ...

... und klagen auf eigene Kosten und einem Kampffonds vor dem Arbeitsgericht Bremen gegen die Abmahnung. Es geht um den Grund der Abmahnung. Es geht um das Streikrecht. Und dafür, so viel haben sie und ihre Anwälte bereits angekündigt, gehen sie notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

„Die Kläger berufen sich darauf, dass auch hierzulande die Europäische Sozialcharta gelte, die ein Recht der Arbeitnehmer auf Streik garantiert; schon 1998 hat das für die Überwachung dieser Charta zuständige Komitee des Europarats Deutschland darauf hingewiesen, dass das Deutsche Streikmonopol der Gewerkschaften damit nicht vereinbar sei.“ (Zitiert nach Spiegel Nr. 24, 6.6.15) Diesen Hinweis hat die Nachtschicht im Bremer Werk nun auf die Tagesordnung gesetzt. Ohne Kampf im Betrieb und auf der Straße wurde noch nie Etwas besser für uns, das haben wir gelernt: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern. Und

während die IGM die Zukunft plant und auf die Umsetzung wartet, stand den Bremer Kollegen das Wasser längst bis zum Hals.

„Gerade in Zeiten, in denen es immer weniger tarifgebundene Unternehmen gibt, in denen die Gewerkschaften schrumpfen, in denen mit dem neuen Tarifeinheitsgesetz praktisch nur noch Großgewerkschaften erfolgreich agieren können, müssen die Gewerkschaften und auch die Beschäftigten selbst andere Möglichkeiten haben, ihre Interessen durchzusetzen", sagte Helmut Platow, einer der vier Rechtsanwälte der abgemahnten Kollegen. Deshalb müssten nicht nur Streiks von Gewerkschaften, sondern auch von sogenannten Ad-hoc-Koalitionen zulässig sein, also von mehr oder weniger spontanen Arbeiterzusammenschlüssen wie in Bremen.

Streik? Wogegen denn?

Es stimmt schon: Die IGM ist eine Großgewerkschaft und Mercedes ist ein tarifgebundenes Unternehmen. Aber wer glaubt, bei Mercedes arbeite nur Stammbelegschaft von Mercedes, der glaubt auch, das Ordnungsamt räumt seine Küche auf. Es stehen neben den Festangestellten Befristete, Leiharbeiter und ausgeliehene Arbeiter im Auftrag von Lieferanten oder Subunternehmern an den Bändern.

Ganze Bereiche sind per Werkvertrag an Menschenhändler vergeben, die sich die Leute vom Jobcenter holen. Am liebsten diejenigen, die schon weich gekocht sind. Die komplette Nacharbeit wird schon von Fremdfirmen erledigt. Türen, Kotflügel und weitere Bauteile der C-Klasse werden von den Zulieferern und deren Leiharbeitern auch gleich selber am Band montiert. Hier stehen sechs oder sieben verschiedene Gehälter, Arbeitsverträge und Weisungsbefugnisse an einem und demselben Arbeitsplatz. Geh doch da mal zu deinem Chef und sag, dass dein Rücken schmerzt. Du hast aber den Trost, nach einer kleinen Auszeit beim Jobcenter, als Leiharbeiter an genau diesen Arbeitsplatz zurück gezwungen zu werden. Mit dem halben Lohn. Tut der Rücken noch weh?

Übrigens: Das Ordnungsamt räumt deine Küche nicht auf! Es hält dich ruhig und gefügig!

Die Daimler AG hat, wie alle anderen Automobilhersteller, für jeden seiner Standorte noch ein „Sparprogramm" in Petto. In Bremen heißt dies u.a. Fremdvergabe der Logistik (ca. 140 Arbeitsplätze) und im Jahr 2016 allein 92 Sonderschichten. Die Werkvertragsnehmer und Leiharbeiter entscheiden selbst, ob sie mitmachen. Ooops, war ein Witz: Sie machen mit.

Hier wird für den Profit Belegschaft gegen Belegschaft, Standort gegen Standort und Konzern gegen Konzern gehetzt. Die Audi, BMW, VW, Daimler, Opel, Porsche, Ford überschlagen sich in Erfindungsgeist, wie die Quoten der Leiharbeit und der Abbau der Arbeitnehmerrechte mit der IGM so verhandelt werden können, dass sie besser dastehen als die Konkurrenz. Sie sind untereinander im Krieg! Und sagen uns *„Die Russen und Chinesen sind billiger"* und meinen *„Jeder gegen Jeden!"* Es wird die Konkurrenz zwischen uns Arbeitern und Werktätigen so weit geschürt, bis wir nur mehr hören können, wer der nächste Feind ist.

„Wir sind der Auffassung, dass die Arbeitsniederlegungen im vollem Umfang angemessen gewesen sind, weil die Sparmaßnahmen aus Sicht der Beschäftigten als unvernünftig und willkürlich einzuordnen sind", so Benedikt Hopmann, ein weiterer Rechtsanwalt der Kollegen. Und das sei relevant. „Genau das Verhalten dieser Mitarbeiter würde auf europäischer Ebene als rechtmäßig eingestuft werden – und diese europäische Sichtweise wollen wir auch auf das deutsche Streikrecht übertragen wissen." (Zitiert nach Weser Kurier, 04.05.15)

Der 39 Kollegen starke Betriebsrat des Bremer Mercedes-Werkes ist sich zwar einig darüber, dass die Abmahnungen ungerechtfertigt und überzogen sind, in der Frage der Gegenwehr allerdings endet die Einigkeit. Es gehe ja nicht nur um die Abmahnungen, sondern vor allem auch darum, „dass man sein Streikrecht auch anwenden darf – nicht nur, wenn es sich um tarifliche Angelegenheiten handelt, sondern auch dann, wenn beispielsweise Produktionsabläufe fremd vergeben werden sollen, also mehr Mitarbeiter mit Werkverträgen ausgestattet werden", sagt Gerwin Goldstein, der Mitglied in diesem Betriebsrat ist. (ebenda)

Vorbei ist das Ganze übrigens nicht: Thomas Langenbach, aktiver Vertrauensmann und Ersatzbetriebsrat und einer der 30 Kläger, hat eine weitere, politisch motivierte Abmahnung erhalten: Er hatte eine Betriebsrätin kritisiert, die für das Raubpaket der Werkleitung (Fremdvergabe, Ausdehnung der Leiharbeit, 92 Sonderschichten, verschärfte Arbeitsbedingungen, etc.) gestimmt hatte. „Störung des Betriebsfriedens" nennt das Unternehmen das und mischt sich in Betriebsratsangelegenheiten ein.

Auch gegen diese Abmahnung klagt Thomas. Vertreten wird er durch eine unserer vier Rechtsanwälte, Gabriele Heinecke (Hamburg). Auch hier hat die IG Metall wieder den Rechtsschutz für ihr Mitglied verweigert, außer er akzeptiere einen der DGB-Anwälte und deren Strategie. (Der 1. Bevollmächtigte der IGM Bremen sagte dazu gegenüber unserer Redaktion: „Es ist politisch zu wenig, nur dagegen zu sein. Man muss verhandeln!" - Das will man einem Streikenden erzählen?!)

Nachtrag

Erst nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die Geschäftsleitung von Mercedes Benz die umstrittenen Einträge aus den Personalakten entfernt hat. Kämpfen lohnt sich.

Was ist das Besondere am Kampf der Bremer Daimler-Kollegen?

Zunächst ist ja gar nichts Besonderes zu entdecken: Die Kollegen kämpfen für die Gleichbehandlung im Betrieb, also gegen die Ungleichbehandlung der Arbeiter mit derselben Tätigkeit am selben Band. Sie kämpfen gegen die ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen die stete Verschärfung der Ausbeutung. Damit aber greifen sie heute das System der Fremdvergaben, der Leiharbeit, der Werkverträge an. In ihrem Kampf gegen die Zuhälterei der Leiharbeit, gegen die Fremdvergabe an Menschenhändler, kämpfen sie eben nicht nur um ihre eigenen Interessen, sondern auch für die Schwächeren. Für die, die in ihrer Vereinzelung nicht mehr streiken können.

Und die IGM, gefangen in der Rolle des Sozialpartners, regelt unterdessen die Ausweitung der Werkverträge in der deutschen Industrie. „Regulieren, nicht verbieten!" (IGM). Fiat, Seat, PSA werden bei Strafe des eigenen Untergangs ebenfalls Leiharbeit und Werkverträge einführen müssen. Was also ist das Besondere?

Die Bremer Kollegen tun das Mindeste: Sie kämpfen für sich und ihre Klasse!

Der Gütetermin am 26.06.15 scheiterte erwartungsgemäß. Beim ersten Verhandlungstermin vor dem Bremer Arbeitsgericht am 16. Februar 2016 entschied die Richterin gegen die Kollegen. Die Anwälte haben dagegen Berufung angekündigt.

Klage gegen 761 Abmahnungen bei Daimler Bremen

Im Verfahren von 30 Kollegen von Daimler Bremen, die gegen ihre Abmahnung klagen, hat es am 16. Februar eine erste Verhandlung gegeben. Das Gericht hat entschieden, dass die Abmahnungen rechtens sind. Die Kläger werden von vier namhaften AnwältInnen mit viel Erfahrung im Arbeitsrecht vertreten. Sie haben bereits angekündigt in Berufung zu gehen.

Die IG Metall Ortsverwaltung hatte den Kollegen Rechtsschutz aus Satzungs-Gründen mit der Begründung verweigert, dass sie ihren Antrag nicht formgerecht eingereicht hätten, nicht alle klagenden Kollegen Mitglieder seien oder den satzungsgemäßen Beitrag zahlten. Die Gewerkschaft hätte sich bei ihrer Unterstützung natürlich auf die satzungsgemäß zahlenden Mitglieder unter den Klägern beschränken können, anstatt sich herauszureden. Die Ortsverwaltung hat den Antrag jedoch an den Hauptvorstand weitergeleitet. Dieser hat sich dazu noch nicht öffentlich geäußert.

Als weiteren Grund gab die IG Metall an, dass das Verfahren kaum Aussicht auf Erfolg habe.Was die Erfolgsaussichten angeht, haben die Anwälte der Kollegen einen anderen Blickwinkel. Sie wissen aus ihrer Erfahrung, dass die Rechtsprechung nicht starr ist, sondern durch Gerichtsverfahren in Frage gestellt und verändert werden kann. Immer wieder haben Urteile in scheinbar aussichtslosen Fällen die Rechtsprechung verändert. Bei der Kassiererin Barbara Emme ging es um eine Bagatellkündigung wegen 1,30 Euro, die erst beim Bundesarbeitsgericht kassiert wurde. Bei der Altenpflegerin Brigitte Heinisch darum, dass sie Missstände an ihrem Arbeitsplatz öffentlich gemacht hatte. Sie bekam erst beim Europäischen Gerichtshof Recht. In beiden Fällen hat ver.di den Kolleginnen trotz geringer Erfolgsaussichten Rechtsschutz gewährt und damit bahnbrechende Urteile ermöglicht. In anderen Fällen wurden Urteile zum Streikrecht auch für nicht-tarifliche Ziele erwirkt. Das gelang nur, weil sich Anwälte fanden, die den Willen und den langen Atem hatten, Prozesse für ein umfassenderes Streikrecht auch durchzukämpfen.

Auch bei den Abmahnungen bei Daimler geht es um das Streikrecht von Arbeitnehmern auch ohne Aufruf einer Gewerkschaft, wie es in der Europäischen Charta der Menschenrechte verankert ist, aber – noch – nicht in Deutschland. Das soll sich ändern. Und selbst, wenn der Prozess der 30 Kläger juristisch verloren gehen sollte, ist die verstärkte Diskussion in der Öffentlichkeit um das Streikrecht ein großer Erfolg.

Auf dem Gewerkschaftstag hat der Vorstand öffentlich gegen Missbrauch von Werkverträgen Stellung genommen. Eine von der IG Metall durchgeführte Befragung von 4.000 Betriebsratsvorsitzenden hat ergeben: In zwei Dritteln dieser Betriebe werden Tätigkeiten fremd vergeben, vor allem Logistiktätigkeiten, aber auch Wartungs-, Reinigungstätigkeiten bis hin zur Bestückung von Maschinen. Auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben werden in großem Umfang ausgegliedert. In 20 % der Großbetriebe mit über 1.000 Beschäftigten wurden Stammarbeitsplätze durch Werkverträge ersetzt.

In betroffenen gut organisierten Betrieben ist das Feld, wo diese Auseinandersetzung in der Praxis geführt werden müsste. Denn die rund 360 000 Kollegen und Kolleginnen mit Werkverträgen und die über 850 000 Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen haben es ungleich schwerer sich zu organisieren und können die notwendige gesellschaftliche Ächtung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse nicht allein erkämpfen.

Wenn jetzt Kollegen bei Daimler ein Zeichen gegen diese Praxis der Unternehmer gesetzt haben und die Gewerkschaft ihnen aus formalen Gründen Rechtsschutz verweigert, besteht ein krasser Widerspruch zwischen dieser Entscheidung der IG Metall und ihren offiziellen Verlautbarungen. Sie verzichtet darauf, ein wichtiges politisches Signal in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Missbrauch von Werkverträgen zu geben.

Wir fürchten, die IG Metall vergibt eine Chance, der von den Unternehmern betriebenen Spaltung in zwei Klassen von Arbeitnehmern erfolgreich entgegenzutreten, wenn sie die Daimler-Kollegen in ihrem Protest nicht unterstützt.

Die Redaktion

Umfassendes Streikrecht in Deutschland durchsetzen

„Wilde“ oder selbständige Streiks?

Traudel Kassel

Ursprünglich – in den Anfängen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert – war jeder Streik ein wilder Streik. Kollektive Arbeitsverweigerung war die einzige Waffe von Arbeitern und Arbeiterinnen im Kampf gegen extreme Ausbeutung, niedrige Löhne, überlange Arbeitszeiten, schlechte und gefährliche Arbeitsbedingungen. Die Gründung von Gewerkschaften zunächst in einzelnen Berufszweigen und später deutschlandweit waren die organisatorische Antwort auf die Spaltungsversuche der Unternehmer.

Aber auch nach der Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner in Tarifauseinandersetzungen Ende des 19. Jahrhunderts hat es immer wieder Streiks ohne Aufruf und Zutun einer Gewerkschaft gegeben.

Eine ganze Welle großer selbst organisierter Streiks hat es in der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1974 gegeben. Allein im September 1969 sind mindestens 150 000 Beschäftigte in der Stahlindustrie und im Bergbau, an der Ruhr, an der Saar und in Kiel dem Beispiel der Hoesch-Arbeiter gefolgt, die am 3. September mit einem selbständigen Streik begonnen hatten. Insgesamt 69 Betriebe waren davon betroffen. Die Gründe? Die Tarifrunde 1968 hatte zu geringe Erhöhungen gebracht, nachdem gerade erst die erste Rezession 1966/1967 überstanden war. Z. B. die Stahlunternehmen boomten aber inzwischen längst wieder und schütteten hohe Dividenden an die Aktionäre aus. Überall nahmen währenddessen Hetze und Arbeitsunfälle zu, was zu großer Wut der Beschäftigten führte. Sie verlangten „Nachschlag“ auf das Tarifergebnis und setzten diesen auch weitgehend durch.

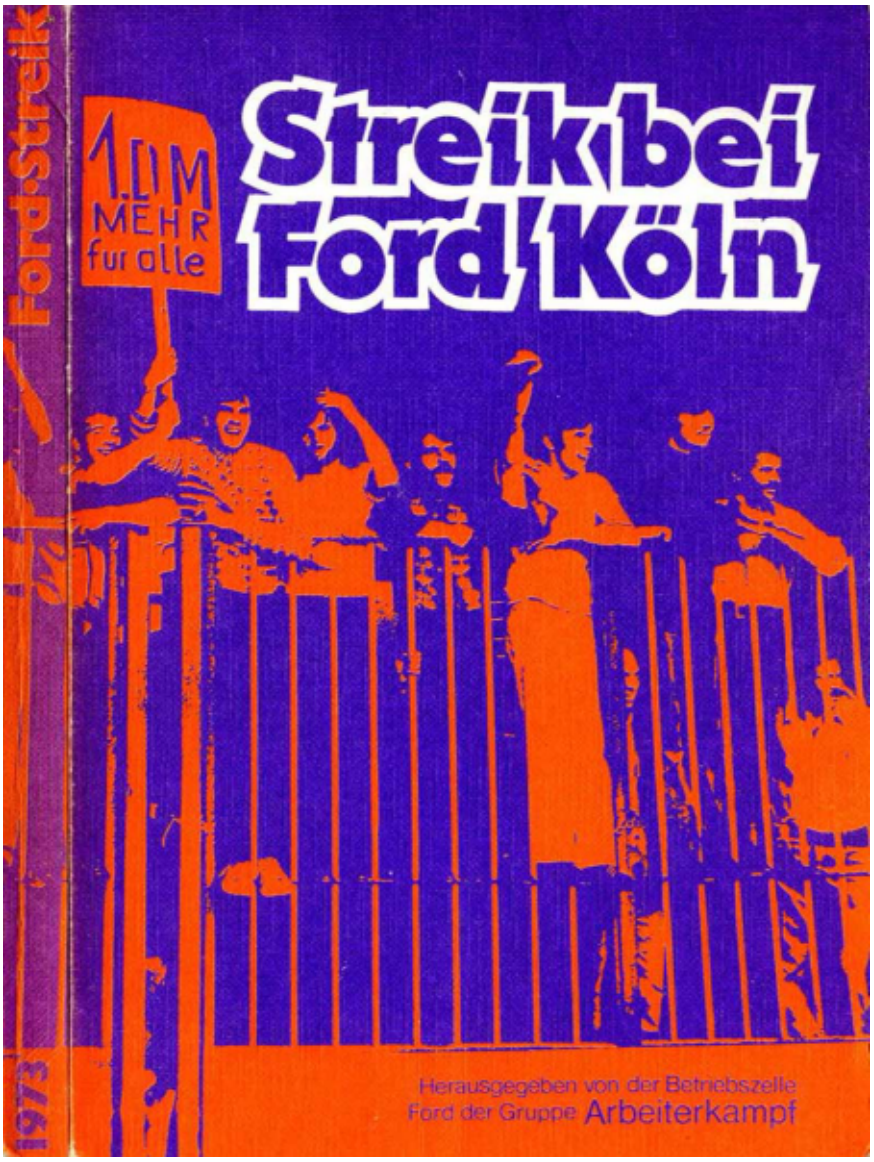
In Bremen waren es die Beschäftigten der Klöckner-Hütte, die ähnliche Erfahrungen gemacht hatten und nach langer Mobilisierung am 9. September in den Streik traten und sogar sieben Tage lang den Betrieb besetzten. Das Ergebnis am Ende des Streiks: 16 % mehr und gestiegenes Selbstbewusstsein.

Alle Streiks dieser Protestwelle endeten mit Erfolgen und konnten nicht zerschlagen werden. Die Folgen: Die IG-Metall musste Nachschlag-Forderungen für alle Bereiche der Metallindustrie erheben. Und auch die ÖTV wurde durch diese Streikwelle zu hohen Forderungen ermutigt.

Ähnliche Gründe führten zu einer weiteren großen selbst organisierten Streikwelle im Herbst 1973 in vielen In-

dustriebetrieben. Der Tarifabschluss vom Januar war nur knapp angenommen worden. Lohnerhöhungen, die kaum die Inflation ausglichen, führten zu großer Unzufriedenheit. Sie brach sich in der Streikwelle Bahn. Neu war, dass sich vermehrt Gastarbeiter gegen ihre Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft wehrten. Das Beispiel Ford Köln ist berühmt-berüchtigt geworden, wo 10000 türkische Kollegen gegen Entlassungen, Ungerechtigkeiten und geringe Löhne streikten – und nicht nur vom Unternehmer bekämpft, sondern auch von Betriebsräten, deutschen Vertrauensleuten und Kollegen mit ihren speziellen berechtigten Forderungen im Stich gelassen wurden. Die Wut der vorwiegend türkischen Arbeiter führte hier dazu, dass der Streik besonders erbittert geführt wurde.

Viele, aber nicht alle dieser Streiks 1973 waren erfolgreich. Manche brachen zusammen. Sie waren aber Signale an die Gewerkschaft, Lohnforderungen gegenüber der Unternehmerseite energischer als bisher durchzusetzen.



Spätere selbständige Streiks richteten sich nicht nur gegen zu geringe Löhne. Nur zwei Beispiele: In Erwitte besetzten 150 Arbeiter 1975 wochenlang das Zementwerk Seibel & Söhne, um gegen Entlassungen zu kämpfen. 2004 traten Arbeiter bei OPEL Bochum tagelang in einen selbst organisierten Streik, um Entlassungen zu verhindern. Schon damals drohte eine Werksschließung, die schließlich 2015 erfolgte.

In Erinnerung ist in Bremen noch die Welle von Proteststreiks der Bremer Mercedes-Kolleg_innen im Herbst 1996, als der Mercedes-Vorstand entgegen dem Tarifvertrag über die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Kürzung auf 80% durchführen wollte, wie sie die Kohl-Regierung beschlossen hatte. Auch in diesem Fall waren die zahlreichen Streiks, die auch aus dem Werk heraus zu anderen Betrieben und in die Innenstadt führten, selbständig von der Belegschaft organisiert – ohne Aufruf oder Streikgeld durch die IG Metall. Sie waren eine Antwort auf den jahrelangen Sozialabbau der Kohl-Blüm-Regierung, der dem Angriff auf die Lohnfortzahlung vorausgegangen war.

Der damalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Bremen, Manfred Muster, hatte jedoch schon am 1. Mai die Metall-Beschäftigten für den 10. Mai 1996 während der Arbeitszeit zu einem Sternmarsch in die Innenstadt gegen den Sozialabbau aufgerufen. 10 000 sind dem Aufruf gefolgt. In der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung trat er mobilisierend auf und stärkte den Beschäftigten gegenüber der Werksleitung ausdrücklich den Rücken. Die Protestwelle, die sich über mehrere Branchen erstreckte, stützte die Position der gewerkschaftlichen Verhandlungsführer und führte schließlich zu einer Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung.

Das Buch zum Streik
(Rosa-Luxemburg-Verlag, 1973).
Heute als PDF-Datei verfügbar unter
http://ford73.blogsport.de/
materialien-texte/

Golden City
Eine Bremer Hafengeschichte

Interview mit Frauke Wilhelm und Edmund Petschulis

Orhan Çalışır

Welche Bedeutung hatte der „Hafen“ in Bremen in den 1950er und 1960er Jahren?

Frauke Wilhelm. Golden City ist eigentlich eine große Bremer Geschichte. Die fängt an, als Walle durch den Krieg total zerstört ist. 18. August 1944 haben die Engländer einen Bombenangriff auf die Häfen und auch die benachbarten Quartiere geführt, und danach war der Bremer Westen total zerstört. Also, man konnte von der Elisabethstraße bis in die Stadt durchgucken. Und für die Waller begann eine Zeit des Hungerns ohne Wohnung - keine Arbeit. Die nötigsten Sachen waren nicht da und der Krieg dauerte noch ein Jahr länger.

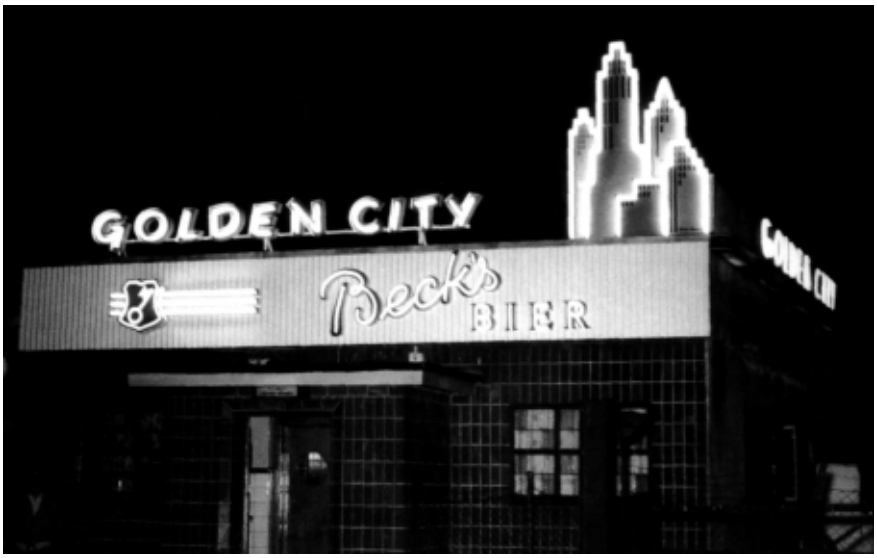
Und als der Krieg endlich zu Ende war, sagte der Bürgermeister Wilhelm Kaisen, die Häfen müssen als erstes wieder aufgebaut werden. Oktober 1945 kam das erste Schiff wieder zum Überseehafen und 1945 wurde Bremen zur amerikanischen Enklave in der britischen Zone. D.h. die amerikanischen Soldaten nutzten den Hafen als Nachschubhafen, als Truppenbewegungshafen für alles. Bremen war damals ein Freihafen, eine Freihandelszone, d.h. der Hafen war eingezäunt und man konnte nur an bestimmten Stellen aus dem Hafen raus. Zum Beispiel Stinkbüdelsmanngang - also der Tunnel, der nach Walle führte. Davor war ein Zolltor, da musste man sich kontrollieren lassen. Und da waren noch die Amerikaner, die auch kontrollierten. Wer jetzt von den Wallern an Baumaterialien, an Orangen, an Schnaps, an Zigaretten, an irgendetwas dran kommen wollte, das ging über den Hafen.

Und es gab viele Seeleute und Hafenarbeiter?

Frauke Wilhelm. Damals dauerte das Laden und Löschen eines Schiffs drei bis vier Tage. Das wurde mit Sackkarre und Kran an und von Bord gebracht. Jedes Stück einzeln. Die Seeleute kriegten ihre Überstunden ausgezahlt, damals gab es keine Kontokarte, sondern die Lohntüte. Und mit der Lohntüte hatten sie drei, vier Tage Zeit. Was macht man? Durch den Tunnel und erst mal gucken, wo ist hier was los? An dem Tunnel gab es 1945 drei Lokale: „Wehhage“, „Mutti Weiss“ und „Günzel“ (später „Bruno Mosig“). Die wurden nun ein Anziehungspunkt, und alle waren darauf aus,irgendwie Geld aus diesen Seeleuten zu kriegen oder Zigaretten zu kriegen. Und die Seeleute sehnten sich nach Alkohol - drei Monate lang auf hoher See kein Alkohol, keine Frauen, kein gar nichts. Die wollten das und die Waller haben denen das geboten. Die haben aus alten Planken aus dem Hafen, aus irgendetwas diese Lokale gezaubert. Und 1951 war das schon Klein St.-Pauli, die Küste. Da waren da 40 bis 50 Clubs. Und „Golden City“ war die Kneipe da auf dem Kiez, an der Küste. Das größte Ding: jeden Abend Live-Musik, jeden Abend Schlägerei.

Dann war diese Küste bisschen aufgeteilt. „Mutti Weiss“, da gingen mehr so die Kapitäne hin. Bisschen reichere gingen auch in die„Bambus-Bar“, so die Offiziere und so. „Golden City“ war für alle. „Zur Schlüsselboje“ war so mehr für Hafenarbeiter. Da sagte man, wenn die da hinter

Frauke Wilhelm. *Künstlerin, Moderatorin. Initiatorin des neuen Golden-City-Projektes und Autorin des Buches „Die Taschen waren voller Geld“.*
Edmund Petschulis. *Jahrgang 1944, ehemaliger Seemann und Kenner der alten und neuen Golden City.*



der Theke bedient hat, hat sie in die Eimer gepisst, weil es so voll war, dass sie keine Zeit für den Toilettengang hatte.

Es war wahnsinnig was los, Wahnsinns Party, viel Alkohol, viel Geld ausgeben und viel Geld gekriegt. Da drehte sich die Warendrehscheibe für Waller. Man sagt schon, dass mit den Einnahmen aus der Küste, sowohl von den Kneipen aber auch sehr viel von den Frauen, die da gearbeitet haben, als Kellnerinnen, als Bardamen, als Prostituierte, man wusste manchmal nicht was ist was, ist eben Walle wieder aufgebaut worden.

Um welche Größenordnung geht es? Wie viele Menschen kamen zu den Lokalen und wie viele haben dort gearbeitet?

Frauke Wilhelm. Zu der Zeit in den 1950er Jahren kamen monatlich 1.000 Schiffe in den Hafen. Das heißt 50.000 Seeleute im Monat. Die jeweils vier Tage frei, also Landgang hatten und ordentliches Kapital da rein brachten. Das waren die Einen, die Schiffscrews von Kapitän bis Matrose. Dann natürlich die Hafenarbeiter. Dann waren da die Waller Leute, Kleinbürger. Also kleine Leute, die alles verloren hatten und jetzt sehr geil darauf waren irgendwie etwas zu verdienen, die irgendwie einen Fuß an den Grund kriegen mussten, die mit Schmuggel, mit Geschäften irgendwie versucht haben sich zu etablieren und eben diese Bars gegründet haben. Dann die Frauen. Es gab teilweise über 600 Prostituierte an der Küste, also die gemeldet waren. Die kamen natürlich nicht nur aus Walle, teilweise waren das Frauen, die nach dem Krieg keine Wohnung hatten und auf den Parzellen lebten oder irgendwo mitlebten.

Teilweise waren es Frauen, die gezielt aus Osnabrück oder anderswo angeworben waren und irgendwie hierher kamen und dachten, hier ist jetzt die Mark zu machen und so war das ja auch. Das war dann ein Volk, das Tag und Nacht, 24 Stunden unterwegs war, wo man noch zusätzlich sagen muss, die Verhältnisse waren so, dass nicht nur der Wohnraum knapp war, sondern es gab das Kuppelei-Gesetz, das gab es bis 1973. Das hieß, du darfst niemandem zum Zwecke von außerehelichem Beischlaf irgendwie Zimmer vermieten. Unehelich ging nicht! Das heißt, die ganzen Geschäfte in Punkto Liebe waren irgendwie im Hinterzimmer, irgendwie draußen auf der Straße, irgendwo auf den Parzellen, also irgendwo am Rande, teilweise auf den Spielplätzen in der Nacht. Was natürlich für diesen Stadtteil, diesen Wirtschaftswunder-Stadtteil auch bedeutete, dass sie nachbarschaftlich mit vielem klar kommen mussten. Das war nicht für alle ganz toll, sondern das war teilweise auch laut, dreckig und recht gruselig, auch was für Gestalten man da traf, die da strandeten.

Edmund, du warst genau in dieser Zeit als Seemann unterwegs, wann hast du angefangen?

Edmund Petschulis. Ich habe 1959 mit 15 angefangen und bin dann fast 13 Jahre zur See gefahren. Erst einmal drei Monate auf dem Schulschiff Deutschland. Und dann 1963 die Matrosenprüfung gemacht. Dann als Bootsmann weltweit gefahren. Bin 1967 von D.D.G. Hansa weggegangen, nachdem der Sueskanal zugemacht wurde.

Edmund Petschulis (links) mit zwei Kollegen auf einem Schiff bei der Durchquerung des Sueskanals 1965.

Zwischendurch war ich bei Union Reederei und bei der Vinnen Reederei und habe da Zentral- und Südamerika gefahren. Da bin ich insgesamt sechs Jahre auf „Trampfahrt“ gewesen. Aber ich bin zwischendurch immer nach Bremen gekommen. Auch mit einem Bananendampfer. Das kann man sich heute gar nicht vorstellen. In Bremerhaven Bananen gelöscht und sind nach Bremen gekommen, haben hier VWs geladen an der VW-Pier und haben nur neun Stunden am Hafen gelegen. Aber die neun Stunden haben gelangt. Ich bin mit Taxi zum Nord-Atlantik gefahren an der Küste und denn Asbach-Cola, soviel es ging ...

Wie ist es, wenn ein Seemann nach langer Zeit wieder Land unter den Füßen hat?

Edmund Petschulis. Man muss sagen, aus Sicht der Seeleute war es eine sehr schwere Zeit auf den Schiffen. Das waren erst kleine Schiffe, Deutschland durfte zunächst keine Schiffe über 2.500 BRT haben. Der Zustand war schlimm. Es gab kein Gesetz für Jugendschutz, Überstunden waren gang und gäbe. Ich weiß von mir aus, zwischen 90 und 120 Stunden jeden Monat bei D.D.G. Hansa war normal. Du warst frustriert und ausgepowert, wenn du da vier oder fünf Monate weg warst und kamst auf einmal hier nach Bremen. Du konntest zum Funker gehen oder zum Offiziersanwärter, er hatte die Vorschussliste und dann konntest du dein Geld holen.

Dann ging es natürlich los. Die Verlockungen waren ja da. Das war das schöne Leben. Das war die Situation der Seeleute. Das waren ja nicht nur Deutsche, hier an der Küste waren auch sehr viele Norweger, Schweden usw. Die hatten höhere Heuer und denen ging es besser als den Deutschen. Aber trotzdem hast du zusammen gehalten. Es gab auch Hauereien und Auseinandersetzung, wenn es um Frauen ging. Diese Situation, die hat dich dazu gebracht, du hast dann nicht lange überlegt. Nach jedem Glas wurde die Frau schöner, ist ja logisch. Wenn ich Nachhinein denke, was man da alles erlebt hat, ich glaube mit nüchternem Kopf hätte man das nicht mitgemacht. Aber trotzdem: das war das Leben, nicht?

Was haben da die Leute verdient, die in den Lokalen gearbeitet haben?

Frauke Wilhelm. Ja, der Hafen und drum herum war ein boomender Wirtschaftsbereich: Dollars, Dollars, Dollars ... Ein Bankangestellter verdiente Anfang der 1950er Jahre 234,- Mark im Monat und die Bardame da, die keinen Sex gemacht hat, die hatte 1.000,- Mark im Monat. Das war auch so ein Wunderland.

Bobby Baumann (mit Akkordeon), Inhaber der „B.B.-Bar“ in der Bremerhavener Straße, mit Bardamen und Gästen

Man muss sagen, das waren die Frauen, die nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut haben. Die Männer waren nicht da. Die waren krank oder im Krieg geblieben. Das heißt, viele Frauen waren alleine. Diese Sache mit der Prostitution, das wurde zwischen 1945 und 1950 noch ganz anders gesehen. Die Frauen, die da arbeiteten, waren ein Teil der Gesellschaft, die sich den neuen Herausforderungen stellten und waren auch anerkannt beim Bäcker, beim Friseur, die verdienten alle mit. Danach kam so ein bisschen der Sittenwandel. Das war der Volkswartbund. Das war so ein überregionaler, deutschlandweiter Bund. Eigentlich von Alt-Nazis, muss man sagen, die politisch sehr dafür geworben haben: „Frau zurück an den Herd“. Aber Anfang der 50er war an der Küste eine sexuelle Befreiung möglich, die es erst wieder in den 1970ern gab.

Gab es auch schillernde Gestalten der Golden City, der Szene, die stadtweit bekannt waren?

Frauke Wilhelm. Ich weiß nicht, ob er eine schillernde Gestalt war, aber den kannten alle: Hans-Hermann Gerdes. Der hatte 1945 geschafft, den Amis gleich einen LKW abzuschnacken: ich kann doch für euch die Sachen fahren. Und

dann hat er so die Berlin Touren für sie gemacht. Er hatte eigentlich eine Autoreparaturwerkstatt direkt da, wo später das Golden City stand. Er hat die Berlin Touren gemacht und seine Frau und drum herum haben Steine geklopft. Und am Wochenende ging es los. Die hatten nämlich gesehen, aha durch den Tunnel kommen die Amis, dann haben sie angefangen in der Werkstatt Bier zu verkaufen, Beck's Bier. Weil das war bei den Amis viel teurer, hier war es total günstig. Dann kamen alle. Und der hat gemerkt, mit dem Bier macht er viel mehr Geld als mit der Werkstatt. Also hat er die Werkstatt mit Trümmerschutt umgebaut. Die Frauen haben immer Steine geklopft und am Wochenende immer ein Stück angebaut. Da hat er 1947 Golden City aufgemacht. Auf der Hebebühne war die Bühne. Es war nicht besonders umgestylt, so wie es ging eben. Und das wurde dann rasend schnell der „In-Schuppen". Und den Gerdes nannte man später „Nutten-Gerdes". Man wusste nicht, was er sonst für Geschäfte hatte, aber er war auf jeden Fall immer einer, der ganz vorne war. Er hatte später auch das Hafencasino.

Eine andere Gestalt, die ich dann kennengelernt habe, ist Bernie Becker, der Taxifahrer. Ich weiß nicht, ob er da einen hohen Posten hatte, aber er kann sehr gut erzählen. Er war an vielen schlimmen Geschäften beteiligt. Schmuggeleien, kleine Diebstähle, wobei alle betont haben, dass das Geschäft am Anfang an der Küste sehr sauber war. Du konntest z.B. dein Portmonee auf der Theke liegen lassen. Es waren keine Frauen mit Zuhältern am Anfang. Das kam alles später. Da wird natürlich auch viel vergoldet und verklärt.

Edmund Petschulis. Wen man da noch erwähnen muss, ist Bruno Mosig. Er war Niedersachsen-Landesmeister im Ringen und Deutscher Meister und hatte ein Lokal. Da gingen auch elitäre Leute hin und haben da Eisbein und Sauerkraut gegessen. Er war schon ein Typ, von dem überall erzählt und gefragt wurde: kennst du Bruno Mosig?

Manche Seeleute haben auch Familie in Bremen gehabt, wie haben sie die Verbindung aufrechterhalten?

Frauke Wilhelm. Die Seeleute damals waren weg. Drei, vier Monate weg. Die Kommunikation mit Zuhause war Radio Norddeich an Weihnachten oder wenn man einen Funkspruch losschickt. Meine Kollegin Nomena, deren Bruder als Seemann gefahren ist, die hat erzählt, die hatten kein Telefon, die haben bei den Nachbarn gesessen und stundenlang gewartet. Jetzt kommt's, jetzt kommt's ... Als sein Funkspruch kam, da haben sie geheult. Sie heult heute noch, wenn sie hört, Radio Norddeich, alle Seeleute ... Mehr gab es nicht an Kommunikation mit Zuhause. Von wegen, gleich mal auf dem Handy gucken, wo bin ich denn gerade? Ach ja, ich bin hier!

Wie soll ich mir die Kommunikation über Radio Norddeich vorstellen?

Frauke Wilhelm. Es war eine Sendung vom NDR. Und da wurden zu bestimmten Zeiten diese Grüße an die Seeleute geschickt oder empfangen. Man konnte per Funk oder per Telefon den Sender anrufen und dann: „Ich grüß dich Ernie... ich lieb dich so sehr ... komm bald zurück..." so in Telegrammstil die Grüße abgeben. Oder: „Die Mutti ist gestorben, sieh' zu, dass du nach Hause kommst".

Edmund Petschulis. Es ging über Funk. Du hast ja an allen Küsten Funkstationen gehabt. Über verschiedene Länder, über die Azoren, über Irland später irgendwann, dann direkt. Das war die einzige Verbindung. Du kriegtest auf dem Schiff jeden Tag eine Bordzeitung. Das war eigentlich unsere Heimat, wenn wir Radio Norddeich gehört haben, dann warst du Zuhause. Ich habe noch zehn oder elf Glückwunschtelegramme zu Weihnachten, die wir dann nach Hause geschickt haben. Als meine Mutter 2004 gestorben ist, hat sie mir die dann gegeben. Ist ein wichtiges Andenken.

Zwischen Musik und Theater, Hafengeschichte und Stadtdialog

Die temporäre Hafenbar Golden City geht in die vierte Saison!

Im Sommer 2016 wird vom 21.7. bis zum 17.9. bereits im vierten Jahr mitten in der schicken Überseestadt die aus Altbauteilen gezimmerte Hafenbar „Golden City“ stehen. Dort fanden im Jahr 2015 rund 70 Veranstaltungen statt - mit wachsender Besucherzahl. In diesem kleinen Kulturzentrum erobern circa 30 Freiberufler-, Musiker- und SchauspielerInnen sowie Honorarkräfte und Ehrenamtliche von 15-80 Jahren neue Themen, neue Formen und ein neues Publikum. Nicht selten machen sie das Golden City zur einer Art „Zukunftswerkstatt“, die zusammen mit verschiedensten Kooperationspartnern aktuelle Themen der Stadt auf die Bühne bringt.

Ganz nah am Stadtteilpuls

Frauke Wilhelm und ihr Team haben mit den Golden City-Projekten in den letzten zehn Jahren eine starke Bindung zur ehemaligen Bremer Hafenarbeiterschaft, ihren Familien und den Fans der Seefahrt aufgebaut. Mit Musik, gemeinsamem Singen und erzählter Geschichte stellen sie in ihren Shows und Beteiligungsformaten einen engen und farbigen Kontakt zu Erinnerungen, Sehnsüchten, aber auch dem Schmerz des im Strukturwandel niedergegangenen Hafenmilieus her. Mit viel Humor und außergewöhnlichen Aktionen haben sie die Frage bearbeitet, wie die Überseestadt für Walle und Walle für die Überseestadt gewonnen werden können und damit bei unterschiedlichsten Menschen ein Interesse für Stadtgeschichte und -entwicklung, für Beteiligung und Engagement geweckt.

„Sehnsuchtslieder von der Gegenküste“

In 2016 arbeitet das Golden City-Team weiter am Milieu-übergreifenden Austausch im neuen Stadtteil. Gemeinsam mit etwa 20 geflüchteten Musikerinnen und Musikern, die zur Zeit in den Über-

„Golden City" von innen – eine Art „Zukunftswerkstatt" für viele Freiberufler, Musiker, Schauspieler und Ehrenamtliche von 15 bis 80 Jahren.

gangsheimen der Überseestadt untergebracht sind, wird die maritime Musiktheaterproduktion „Sehnsuchtslieder von der Gegenküste" zur Eröffnung des Golden City am 21.7. erarbeitet.

Die Themen „Aufbruch in die Fremde", „Abschied", „Sehnsucht", „Suche nach Heimat" und die dazu passenden Melodien der deutschen Hafenschlager und Chansons der 50er und 60er Jahre bilden seit Jahren das musikalische und Text-Material für den Sound von Golden City. Gemeinsam mit MusikerInnen verschiedener Nationalitäten wird nun seit Anfang März nach entsprechenden Liedern und Varianten von der jeweils anderen Seite des Meeres gesucht. In einem bunten Kauderwelsch aus Arabisch, Kurdisch, Farsi, Deutsch und Englisch, in verschiedenen musikalischen Koordinatensystemen und mit viel Engagement findet die musikalische Forschungs- und Probearbeit für die „Sehnsuchtslieder" statt.

Golden City Gang: Crowdfunding und ein Vorab-Termin

Damit die Fans auch während der vierten Saison der Hafenbar in den Genuss einer weiteren Folge der abstrusen Musiktheaterstücke mit der Golden City-Gang kommen, wird auf www.startnext.de gerade eine Crowdfunding-Kampagne gestartet.

Übrigens: Für alle, die bereits sehnsüchtig auf Ramona, Ramon & Co. warten, gastiert die Golden City-Lokalrunde bereits am 23. Juni in der Union Brauerei im Osterfeuerbergviertel.

Infos: www.goldencity-bremen.de
Tel. 0421 3371827

„Die Taschen waren voller Geld", Edition Temmen 2014 (176 Seiten, 19,90 €)

Ein Sonntag im Frühjahr 2016.

Eine Momentaufnahme.

Wolfgang Bielenberg

Bei Bombenanschlägen in Syrien verbrennen hunderte Menschen. Im Mittelmeer ertrinken erneut Menschen bei ihrem verzweifelten Versuch, dem Elend in ihrer Heimat zu entfliehen. In Deutschland bedrängt ein rechter Mob ankommende Geflüchtete. Brandsätze werden auf Asylbewerberunterkünfte geworfen. Geplante Wohnstätten werden in Brand gesetzt, Polizei und Feuerwehr werden bei den Löscharbeiten behindert ...

Die CDUCSUSPD-Bundesregierung schränkt das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl weiter ein: Die Familienzusammenführung von Kindern mit ihren Eltern wird untersagt. Weitere Staaten werden als „sicher“ eingestuft, um so die ankommenden Menschen ohne Prüfung abweisen zu können. Manchen gehen diese Maßnahmen noch nicht weit genug ...

In Medien werden Ängste geschürt: Angst vor Fremdem, Angst vor Krieg, Angst vor der Gefahr aus dem Osten, Zukunftsängste, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vor sozialem Abstieg, Angst aus dem Haus zu gehen. Dabei werden Klischees bedient: Muslima und Muslime werden mit islamistischen Sektierern gleichgesetzt, Nordafrikaner mit Taschendieben, Geflüchtete mit Sexualstraftätern ...

Gleichzeitig – fast unbemerkt – geschehen ganz andere Dinge:

- Das transatlantische „Freihandels“abkommen TTIP, das Konzernen und Banken eine Vormachtstellung vor nationaler Politik garantiert und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, wird vorangetrieben.
- Die NATO erklärt Russland zum feindlichen Staat und stationiert Truppen an seinen Grenzen.
- Um der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in der Welt „gerecht“ zu werden, werden deutsche Soldaten in die Welt geschickt – gleichzeitig explodiert der Waffenexport Deutschlands. Um den Forderungen der NATO nachzukommen, soll der Wehretat weiter aufgestockt werden.
- Gleichzeitig werden Ausgaben für Bildung, Gesundheit, sozialen Wohnungsbau und Polizei gekürzt.
- In Deutschland und der Welt öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.

„Flüchtingskrise“?

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, sind im letzten Jahr eine Million Geflüchtete eingereist – das entspricht genau 1,25 % seiner Bevölkerung. Trotz Fehlern, schleppender Bürokratie und logistischen Problemen ist die Unterbringung und Erstversorgung - auch in Bremen - bemerkenswert gut gelungen – nicht zuletzt auch wegen der durchweg positiven Stimmung in der Bevölkerung.

Allerdings stehen die wesentlichen Aufgaben jetzt an: Die geflüchteten Menschen müssen gesundheitlich wie sozial versorgt werden, sie brauchen Wohnungen und Arbeit, ihre Kinder Plätze in den Kindertagesstätten und Schulen. Dazu muss Geld in die Hand genommen werden.

UmFAIRteilen-Aktion mit karnevalistischer Note (Köln, 29.09.2012)

An diesem Geld fehlt es. Was erschwerend hinzukommt: Schon seit geraumer Zeit sind Länder und Kommunen unterfinanziert. Schon vor der sogenannten Flüchtlingskrise fehlten ausreichend bezahlte Arbeitsplätze und bezahlbarer Wohnraum, Lehrer und Sozialarbeiter, ein an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiertes Arbeitslosengeld II („Hartz 4"). So kommt es zu Konkurrenzsituationen zwischen Armen und noch Ärmeren, Bedürftigen und noch Bedürftigeren. Das nutzen rechte Kräfte aus. Vor diesem Hintergrund erhalten Pegida und AfD Zulauf.

Was tun?

Es führt kein Weg darum herum: Die öffentliche Hand braucht mehr Geld. Das kann über Neuverschuldung aufgebracht werden, wie etwa bei der Bankenkrise: Damals wurden zur „Rettung" von Banken über Nacht dreistellige Milliardenbeträge aufgebracht. Und es muss über höhere Steuern zusammenkommen: In Deutschland verfügten die oberen zehn Prozent der Haushalte im Jahr 2013 über die Hälfte des Nettovermögens.

Eine Aufgabe der „Schuldenbremse" (die die öffentlichen Hände zum weiteren Sparen zwingt) und eine höhere Besteuerung – wie zum Beispiel die Gewerkschaften und die Initiative „UmFAIRteilen" seit Jahren fordern - sind die Schlüssel für die Erhaltung unseres Gemeinwohls. Auf dieser Grundlage kann Deutschland auch seiner moralischen Verantwortung und der grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommen und verfolgten Menschen Schutz und Sicherheit bieten.

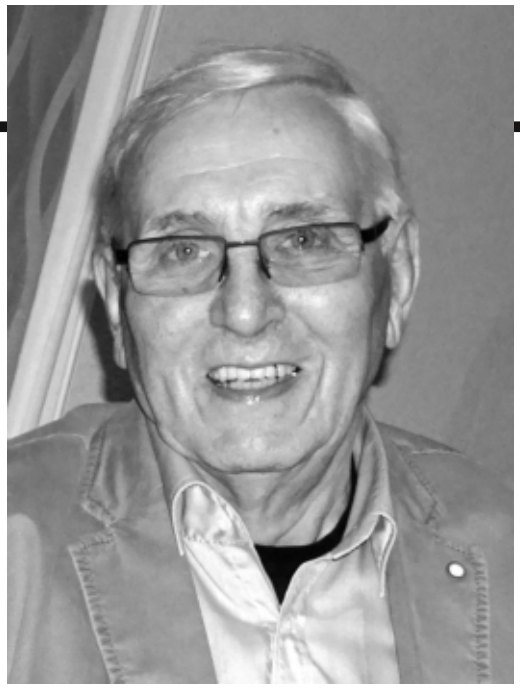
Fordern wir das von den Politikern ein.

Lassen wir uns nicht ablenken oder ins Bockshorn jagen. Zu unserer aller Wohl.

Bremer Bündnis UMfairTEILEN Reichtum besteuern

Dauerhaft ist ein soziales, gerechtes und lebenswertes Bremen nur zu finanzieren durch

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Vermögen größer als eine Million Euro
- Reform der Erbschaftssteuer nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts
- Ersatz der 25 % Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen durch gerechte Besteuerung nach Einkommenssteuer
- Konsequente Unterbindung von Steuerflucht und konsequenten Steuervollzug



Dieter Tarnowsky ist tot.

Am 01.02.2016 ist unser lieber Kollege plötzlich und unerwartet verstorben.

Noch im Januar hat er das monatliche Treffen der ver.di SeniorInnen-Gruppe Tarnowsky geleitet, die er selbst mit der Gründung von ver.di ins Leben gerufen hatte. Das Besondere ist, dass sich im Unterschied zu anderen SeniorInnen-Gruppen innerhalb von ver.di GewerkschafterInnen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen dort zusammen finden, unter sich oder mit Gästen aus Politik und Gesellschaft diskutieren. Er hat immer Wert darauf gelegt, dass diese Gruppe kein „Kaffeekränzchen" mit Ausflugsfahrten ist, sondern sich als aktive Gruppe innerhalb von ver.di versteht und auch immer wieder streikende KollegInnen in Tarifauseinandersetzungen unterstützt.

Er hat sich immer engagiert für die Seniorinnen und Senioren in „seiner" Tarnowsky-Gruppe im ver.di-Ortsverein eingesetzt. "Ich bin bei jedem Treffen wieder erstaunt, wie engagiert und aktiv sich unsere Seniorengruppe mit dem aktuellen Tagesgeschehen auseinandersetzt. Es ist traurig, wenn die Generation der Berufstätigen die Arbeit und die Interessen der Senioren noch immer nicht wahrnimmt". Noch im Herbst hat er als Senioren-Delegierter am ver.di-Bundeskongress teilgenommen und lebhaft von seinen Erlebnissen und Kontakten dort berichtet.

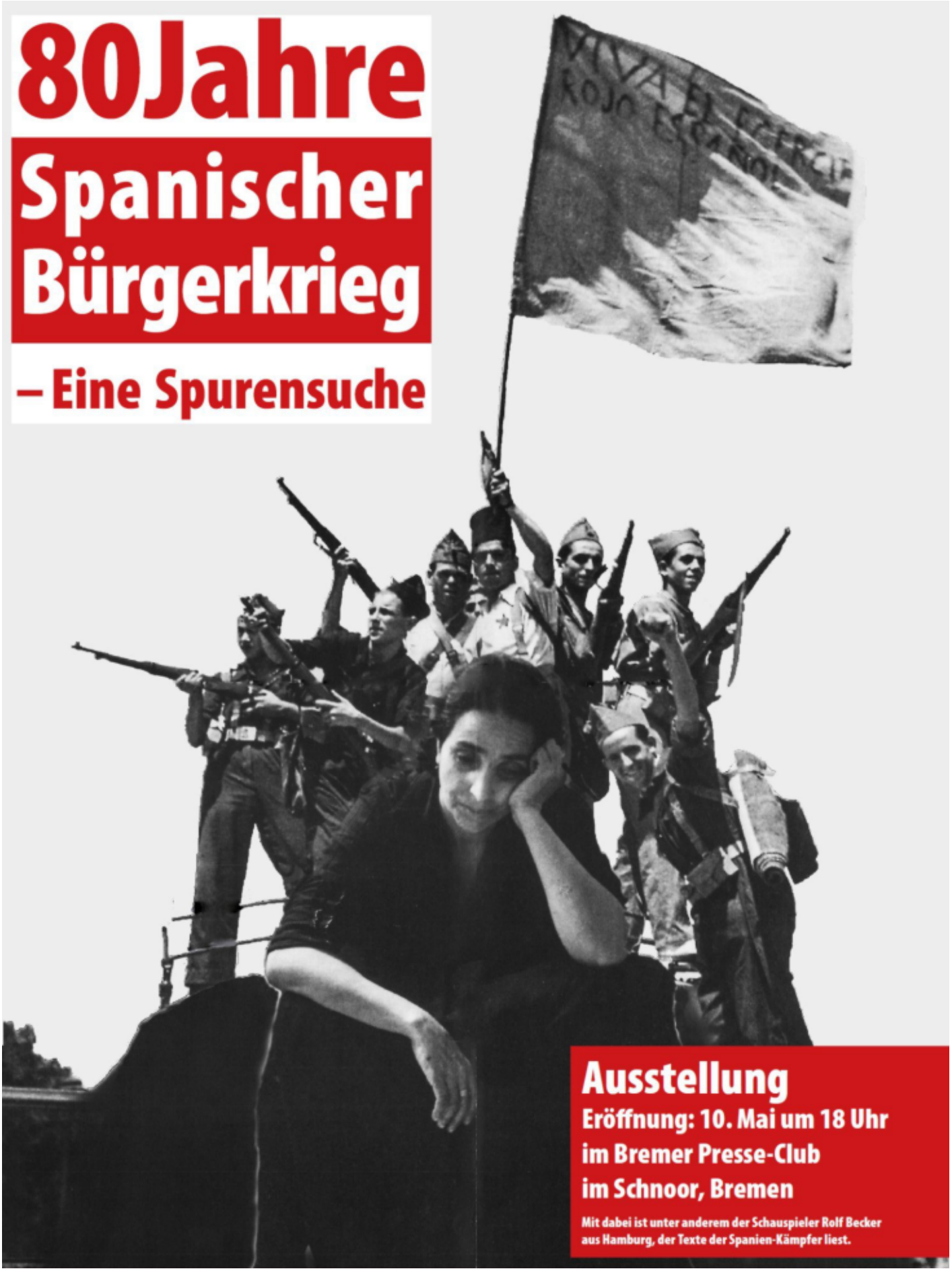
Auch in seinem Berufsleben hat Dieter ganz unterschiedliche Tätigkeiten in sehr unterschiedlichen Betrieben ausgeübt. Von der Lehre als Bauschlosser bei den Atlas-Werken, wo er mit 16 Jahren gleich in die IG Metall eintrat, über seine Tätigkeit bei der Klöckner-Hütte bis zum Wasserwirtschaftsamt und schließlich im Versorgungsbereich der Universität Bremen. An jedem Arbeitsplatz hat er sich in der gewerkschaftlichen Arbeit engagiert, als Vertrauensmann, Betriebsratsmitglied oder später als Personalratsmitglied.

Dieter gehörte mit zum Gründungsteam der Zeitung "WIR" im Jahre 2004 – der Zeitung für SeniorInnen aus der Bremer Gewerkschaftsbewegung.

Lieber Dieter, wir danken dir für die vielen Jahre gemeinsamer politischer Arbeit, für die vielen interessanten Stunden, die wir mit dir verbracht haben, auch für die Freude an der Arbeit, die du uns vermittelt hast. Diese Spuren werden uns immer wieder an dich erinnern.

Die WIR-Redaktion

80 Jahre Spanischer Bürgerkrieg – Eine Spurensuche



Ausstellung

Eröffnung: 10. Mai um 18 Uhr
im Bremer Presse-Club
im Schnoor, Bremen

Mit dabei ist unter anderem der Schauspieler Rolf Becker aus Hamburg, der Texte der Spanien-Kämpfer liest.

Spanien war ihre Hoffnung!

Ausstellung und Veranstaltungsreihe im Bremer Presseclub zur Erinnerung an den 80. Jahrestag des Spanischen Bürgerkriegs

Bremer Presse-Club in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Bremen,
dem Arbeitskreis Geschichte der IG Metall Bremen u. a.
Eröffnung am Dienstag, 10. Mai 2016, 18 Uhr im Bremer Presse-Club, Schnoor 27/28
u. a. mit Rolf Becker und Jörg Wollenberg

„Wir deutschen Antifaschisten gingen 1936 nach Spanien nicht als Söldner, nicht als Legionäre, sondern wie wir immer sagten, schrieben und sangen, als Alibi des 'anderen Deutschland'. Viele von uns haben später erlebt, wie unsere Ideale vom Stalinismus verraten wurden. Viele gingen dann andere Wege, wie André Malraux und Ernest Hemingway, viele wurden sogar zu eifervollen Antikommunisten; wie Arthur Koestler, Gustav Regler und George Orwell. Aber ich wüsste keinen, der sein Engagement für das republikanische Spanien widerrufen hätte. Der Kampf gegen Franco war für uns alle zugleich ein Kampf gegen Hitler, und damit für Freiheit und Menschenrechte." So der deutsche Schriftsteller und Spanienkämpfer Prof. Dr. Alfred Kantorowicz.

Er thematisiert in seinem Spanischen Tagebuch die Widersprüche einer zunächst solidarischen Politik für die Spanische Republik. Aber die von den westlichen Demokratien verweigerte Unterstützung führte zur Abhängigkeit der Spanischen Republik von den Waffenlieferungen der Sowjetunion. Die SU schaffte so wohl die Voraussetzungen für das (befristete) Überleben der Republik. Aber sie nutzte zugleich den damit verbundenen Einfluss auf die Politik der Spanischen Volksfront zu Konflikten mit den Anhängern der als Trotzkisten diffamierten Mitglieder der POUM und Anarchosyndikalisten. Eine Politik, die das linke Lager in Europa spaltete. Gerade diese Ereignisse läuteten den „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg" ein. Er endete mit der Niederlage der Anhänger der Spanischen Republik und eröffnete Hitler eine Probebühne für den Zweiten Weltkrieg.

Wie sind diese Ereignisse und Polarisierungen zu erklären, welche Folgen zeitigen sie bis heute und welche Lehren ziehen aus den Erinnerungen der deutschen Spanienkämpfer von Augustin Souchy, Carl Einstein, Ludwig Renn, Willy Brandt, Ernst Busch und Rolf Reventlow bis zu Anna Siemsen, Erika Mann und August Thalheimer?

Weitere Veranstaltungen im Mai und Juni

20. Mai , 16 Uhr (in Zusammenarbeit mit der Seniorenuniversität der AWO):
Öffentliche Führung und Vortrag mit Jörg Wollenberg.
80 Jahre Spanischer Bürgerkrieg und die Hoffnung der europäischen Sozialisten.

---

31. Mai, 17 Uhr
Wiedergutmachung für deutsche Rotspanienkämpfer nicht vorgesehen
Über einen Briefwechsel des Spanienkämpfers und Hamburger Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein mit dem Sozialminister Katzer in den 1970er Jahren, vorgelesen und interpretiert von Gerald Schneider und Jörg Wollenberg

---

10. Juni, 20 Uhr
Vom schwierigen Weg zur Demokratie nach Franco
Vortrag von Volker Mauersberger, langjähriger Spanienkorrespondent der ARD und der „Zeit" und ehemaliger Chefredakteur von Radio Bremen (Hörfunk)

Dienstags 17., 24. und 31. Mai, 17 Uhr
Führungen mit Lesungen von Texten aus dem Spanischen Bürgerkrieg
mit Gerald Schneider, Detlef Dahlke und Jörg Wollenberg

Le Vernet war ihr Schicksal: Vergessene Spanienkämpfer

Jörg Wollenberg

Die kleine Gemeinde Le Vernet in den französischen Alpen hat sich seit dem Germanwings-Absturz vom 24. März 2015 mit 150 Opfern in das Gedächtnis der Deutschen eingeprägt. Mit dem Ort verbindet sich noch eine andere Geschichte des Grauens: Le Vernet war von 1939 bis 1944 ein Internierungslager für Antifaschisten aus Europa. Zunächst im Frühjahr 1939 als Flüchtlingslager für Spanienkämpfer konzipiert, verstarben hier 217 der Internierten. Die Mehrzahl der über tausend inhaftierten Hitler-Gegner wurde ab 1942 zusammen mit Frauen und Kindern aus andern Lagern nach Deutschland deportiert und kam in Auschwitz um, darunter Theodor Wolff, der einstige Chefredakteur des Berliner Tageblatts.

Theodor Wolff
2.8.1868 – 28.9.1943

Andere Spanienkämpfer wie Hermann Axen, Franz Dahlem, Friedrich Wolf oder Paul Merker kamen mit dem Leben davon. Und der am 10. Mai 1940 eingelieferte, damals 24 Jahre alte Willy Gengenbach überlebte mit dem aus Bremen stammenden Carl Preissner das „französische Schandmal von Le Vernet“, wie er mir im Februar 1990 mitteilte und dazu aufforderte, die Internierungslager als deutsch-französisches Tabu aufzuarbeiten. Vergleichbare Erfahrungen hatte der Kommunist schon 1933 als Häftling im KZ Börgermoor gemacht: „Der einzige Unterschied: Damals schlugen sie noch brutaler auf uns ein“.

Als KPD-Mitglied nach 1945 erneut in Westdeutschland verfolgt, floh er ein zweites Mal nach Frankreich und überlebte in Paris als Bouquinist am Seine-Ufer. Dort war ihm ein „Prospekt der von mir geleiteten Volkshochschule Nürnberg in die Hände gefallen“, wie er mir schrieb. „Die Kenntnisnahme der am 10.Juni 1986 im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Kolloquien (zum 60. Jahrestag des Spanischen Bürgerkriegs) veranlassen mich Ihnen das beiliegende Material zu schicken. Was die Entsorgung betrifft, geht es hier vielleicht weit schlimmer zu als bei Euch.“

Dieser handschriftliche Brief vom 17. Februar 1990 mit all den persönlichen Briefen, Zeichnungen und Gedichten eines mir bis dahin Unbekannten hat mich sehr berührt, zumal er an einen entfernten, in meiner Familie lange verdrängten Verwandten erinnerte, der mit Gengenbach im französischen Exil überlebte: Erich Wollenberg.

Dieser einstige Leutnant der kaiserlichen Armee verteidigte im April 1919 an der Seite von Erich Mühsam, Ernst Toller und Gustav Landauer die Münchener Räterepublik, die ebenso blutig von den Freikorps niedergeschlagen wurde wie zuvor die Bremer. Der rote Leutnant von München übernahm nach seiner Haft ab 1921 wichtige Funktionen in der KPD. Nach dem Scheitern des „deutschen Oktober“ floh er Anfang 1924 mit der KPD-Führung um Brandler und Thalheimer nach Moskau, wo er im Marx-Engels-Institut arbeitete und zum Professor für Revolutionsgeschichte an der internationalen Leninschule aufstieg.

Nach Meinungsverschiedenheiten mit der KPD-Parteiführung wurde er im April 1933 aus der Partei ausgeschlossen. Erich Wollenberg entging der Verhaftung durch Stalin, später durch Hitler, indem er 1937 von Moskau über Prag nach Paris floh. Der Einweisung in das Internierungslager Le Vernet entzog er sich im Mai 1940 durch die Flucht über Spanien nach Casablanca. Als Zivilinternierter konnte er dort der Auslieferung an die Gestapo entgehen – eine spannende Lebensgeschichte als Grundlage für den Kino-Klassiker „Casablanca“.

Nach der Befreiung vom Faschismus wirkte Wollenberg als freier Journalist und Autor in Frankreich und Deutschland. Publizistisch bezweifelte er Wehners Wende und Thälmanns Größe und beriet im algerischen Bürgerkrieg Ben Bella und Willy Brandt. Am 6. November 1973 verschied er friedlich in Hamburg.

Es ist soweit!

Stadtteil-Genossenschaft Hulsberg wurde gegründet

Margot Müller

Nach über einjähriger Vorarbeit der „Initiative Stadtteil-Genossenschaft Neues Hulsberg-Viertel“ – über die in der „Wir“ mehrfach berichtet wurde – gründeten jetzt am 3. März 2016 dreißig Aktive im Hörsaal für Innere Medizin des Klinikums Bremen-Mitte die „StadtteilGenossenschaft Hulsberg e.G.i.G." (das heißt: eingetragene Genossenschaft in Gründung). Sie will im Neuen Hulsberg-Quartier bezahlbaren Wohnraum schaffen, der durch genossenschaftliche Strukturen dauerhaft gesichert, gemeinschaftlich verwaltet und dem spekulativen freien Wohnungsmarkt entzogen werden soll. Die Genossenschaft möchte gemeinschaftliche Formen des Wohnens ermöglichen, den sozialen Zusammenhalt im neuen Wohnquartier fördern und nicht zuletzt Wohnraum für auf dem Wohnungsmarkt Benachteiligte – wie Rentner, Alleinerziehende, Flüchtlinge, Studenten, Behinderte etc. – zur Verfügung stellen. Es geht um bezahlbaren Wohnraum für alle! Beim Umbau von Bestandsgebäuden sollen ökologische Aspekte ein besonderes Gewicht erhalten.

Die Stadtteilgenossenschaft wird nun die Mitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband und die Eintragung in das Genossenschaftsregister beantragen. Überhaupt ist eine Genossenschaft nicht nur ein politisches Projekt in der Tradition der Arbeiterbewegung, sondern nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (169 §§) vornehmlich ein wirtschaftlicher Verband, dessen innere Struktur und Handeln nach außen strengen Formalitäten genügen muss.

Ein vorrangiges Anliegen der Stadtteil-Genossenschaft, der ersten Neugründung einer Wohnungsgenossenschaft seit sehr vielen Jahren in Bremen, ist der Erhalt des neunstöckigen Zentralgebäudes auf dem Klinikgelände (Foto), dem so genannten „Bettenhaus“. Hier will sie, in enger Kooperation mit Sozial-, Kultur – und Umweltorganisationen, ein Leuchtturm-Projekt für das neue Wohnquartier realisieren, das Platz bietet für bis zu 100 Wohneinheiten, für gemeinschaftliches Wohnen, für Läden, Kleingewerbe, Selbsthilfeeinrichtungen und Kulturprojekte. Der Verein für Innere Mission Bremen, die Bremer Heimstiftung und die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG) können sich generell eine Kooperation vorstellen. Unterstützung erhält die StadtteilGenossenschaft von der „BürgerInAktion Neues Hulsberg" und dem „Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“, und sie erhofft sich auch den politischen Beistand der Gewerkschaften.

Die Genossenschaft kämpft um den Erhalt des Bettenhauses und gegen die Pläne zum Bau eines überdimensionierten Riesen-Parkhauses (ca. 50 x 105 m, sechs Stockwerke) an seiner Stelle auf dem Klinikgelände. Ebenso hofft sie, dass das Klinikum Mitte sein völlig unzureichendes Mobilitätskonzept für den zukünftigen Betrieb im neuen Klinikgebäude, in Zusammenarbeit mit der BürgerInAktion Neues Hulsberg, überarbeitet. Eine Diskussionsrunde zu diesem Thema unter Einbeziehung von Beispielen aus anderen Städten ist geplant (Ort und Datum werden rechtzeitig im Weser-Kurier bekannt gegeben). Im Frühsommer wird die Stadtteilgenossenschaft eine öffentliche Informations-Veranstaltung mit dem Ziel durchführen:

> **„Wir brauchen viele Bremer und Bremerinnen, die uns finanziell unterstützen möchten, Menschen, die Mitglied in der Genossenschaft werden wollen, und natürlich Menschen, die mit uns gemeinsam wohnen möchten.“**

Weitere Infos und Kontaktadressen unter www.hulsberg-genossenschaft.de

Leserbriefe

Wir freuen uns über jeden Leserbrief – zeigt doch jeder einzelne, dass WIR gelesen wird und zur Auseinandersetzung anstiftet. Unsere Adresse:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Manfred Weule
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen oder
m.weule@aulbremen.de

Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. WIR behält sich vor, Beiträge zu kürzen.

---

1. Mai in meiner Schulzeit

10. Klasse Mittelschule in Berlin-Spandau. So eine richtige Berliner Göre war ich. Unser Pauker und Klassenlehrer hieß Müller. Müllerchen oder Müller Deutschland tauften wir ihn. Ein gutmütiger weißhaariger alter Herr.

Am 1. Mai 1958 mussten wir uns auf dem Schulhof versammeln. Die 27 Mädchen meiner 10. Klassefuhren gemeinsam mit Straßenbahn und U-Bahn bis irgendwo in den Tiergarten. Den kleinen Weg zur Kundgebung am Reichstagsgebäude wanderten wir gern, da der Schulunterricht ausfiel. Der riesige Vorplatz war schon schwarz vor Menschen, einige schwenkten Fahnen. Der Reichstag noch halbe Ruine, vom Krieg schwarz gefärbt, störte uns nicht. Das war eben so. Das Brandenburger Tor um die Ecke. Die „Mauer“ gab es noch nicht.

Müllerchen stolz wie ein Pfau mit seinen Schülerinnen sagte nur: Nun passen Sie gut auf. Was sollte das heißen? Als Teenie guckte man ja woanders hin. Die „Peter-Krauss-Typen“ etc. waren angesagt. Die Redner dort oben auf den Treppen und Bühne verstand man weniger, da entweder der Wind ins Mikrophon pustete oder der Politiker nuschelte. Es interessierte mich auch weniger. Höflicherweise klatschte man. Eigenartigerweise wurden meine Klassenkameradinnen immer weniger. Wo waren sie abgeblieben? Letztendlich standen wir mit sechs Schülerinnen um Müllerchen herum. Ich hatte Durst und Hunger (Buden gab es nicht) und freute mich eigentlich nur noch auf den hausaufgaben-freien Nachmittag.

„So, meine Damen, da alle so gut aufgepasst haben, gebe ich Ihnen (wir wurden gesiezt) als Hausaufgabe für übermorgen einen Aufsatz auf: Thema 1. Mai! Peng, oh Gott, wie hießen die Redner, was haben sie gesagt? Wir verabschiedeten uns höflich, jede durfte nach Hause fahren, wie sie wollte.

Noch vor der Schule kaufte ich mir am nächsten Tag das Spandauer Volksblatt: Berichte vom 1. Mai. Das war mir wichtig, obwohl es in mein sehr geringes Taschengeld eine große Lücke riss. Am nächsten Tag musste der Aufsatz abgegeben werden. Als Müller Deutschland einige Tage später die Aufsätze zurückgab, stand unter meiner Arbeit:

„Gudrun, ein inhaltlich sehr guter Aufsatz, nur zu sehr an den Text der Zeitung gehalten! Trotzdem „Gut“ - Müller 8.5.1958

Blamabel, blamabel, wollte ich doch in die Erde versinken, den Lehrer konnte ich nicht ansehen. Eigentlich wollte ich mich entschuldigen, aber das tat ich nicht, war ich doch durch die Zeitung voll unterrichtet. Für mich zählte nur die prima Zensur: eine 2.

Die „Lehr von der Geschicht“: pass gut auf, höre zu, setze ... am 1. Mai ... und ein Lächeln huscht durch mein Gesicht.
Jetzt genieße ich meine Rente – und noch immer gehe ich zu Kundgebungen am 1. Mai. – Seid lieb gegrüßt von der 1. Vorsitzenden der ver.di-Senioren aus Cuxhaven, Bremen-Nordniedersachsen.

Gudrun Köppen, Cuxhaven

Beim 1.-Mai-Umzug 1955 in Bremen

Nun bedanke ich mich ...

... bei Euch allen für das Zuschicken der „WIR“, die ich und auch mein Bekanntenkreis mit Interesse lesen. Deshalb weiterhin viel Spaß und Freude an der redaktionellen Arbeit.

Die Beiträge in der 26. Ausgabe, die sich mit der Flucht auseinandersetzen, entsprachen meinen Gedanken zu den damit verbundenen Ursachen und Problemen. Direkt und ungeschminkt werden die Hintergründe aufgezeigt. Der Artikel von W. Bielenberg hat mich sehr bewegt. Er zeigt den Hauptgrund der jetzigen Flüchtlingswelle und ich ergänze das Ziel, welches gewisse Kreise verfolgen. Soll etwa nicht eine Destabilisierung der Wirtschaft Deutschlands und Europas das Ziel sein? Will man Europa als Union zum Scheitern zwingen, damit die anderen Kräfte wieder erstarken und die wirtschaftliche Macht mehr denn je wiedergewinnen?

Ist es nicht der deutschen Mentalität – Fleiß, Ordnung, Gewissenhaftigkeit und Freude an der Arbeit zuzuschreiben, dass wir uns aus den Krisen schneller herausarbeiten als andere Nationen?

Endlich wird offen angesprochen, wer hinter den Kriegen Nordafrikas steht, wer Interesse hat an der Destabilisierung dieser Länder. Verstecken sich hinter dem Mantel, dass Diktaturen nicht in das heutige demokratische Zeitalter passen. Bestes Beispiel Libyen. Der Diktator hatte sein Land menschlich als auch politisch im Griff und auch ein gewisser Wohlstand war zu verzeichnen. Frauen durften sich frei und ohne Schleier bewegen, durften studieren. War den anderen Machthabern das Land wirtschaftlich zu stark geworden? Ja bestimmt – Gaddafi war ungehorsam geworden, ließ sich nichts aufzwingen und wollte selbst entscheiden – ein fataler Fehler.

Auch der Wirtschaftsboykott gegen Russland – m.E. ein Fehler. Müssen wir (Europa) diese Verordnung der USA mit tragen? Es war ein wichtiger Wirtschaftspartner und der Einbruch der Exporte hat uns empfindlich getroffen. Auch das versucht man herunterzuspielen. Die Medien berichten regierungstreu; wir wollen keine andere, aber man sollte die Dinge sehen, wie sie wirklich sind und entsprechend reagieren. Da hilft keine Taktik des „Aussitzens“ der Probleme, es ist endlich Handeln erforderlich. Entsprechende Fachleute gibt es genug – man muss nur die richtigen Leute zu Rate ziehen und nicht die in der Regierung, die sich durch Geschwafel (zu deutsch: inhaltloses Gerede) an ihrem Stuhl festhalten.

Deshalb ist die letzte „WIR“ einfach Spitze und deshalb weiter so, damit es nicht wirklich mit Deutschland und Europa bergab geht (Sarrazin) ...

Eine Leserin aus Merseburg

Zum Artikel „Ein Brief im Zorn“ von Jürgen Todenhöfer in Wir Nr. 26

Eine kleine Ergänzung im Zorn

Es ist ja recht bequem für uns Einwohner des reichen Deutschlands, dass an den Kriegen und dem Elend der Welt allein die „Präsidenten und Regierungschefs“, die gleichzeitig „totale Versager“ sind, Schuld tragen. Es sind „ihre Kriege“.

Wir alle, die braven BürgerInnen, haben sie niemals gewählt, niemals unterstützt, niemals von der Ausplünderung Afrikas profitiert, uns niemals gegen Flüchtlinge in Europa gewendet und eine Rüstungsindustrie direkt bei uns zuhause in Bremen gibt es auch nicht. Da können wir uns ja beruhigt wieder schlafen legen, wir haben keinen Anteil an der Politik und sind somit schuldlos. Und auch die „Geschäftsmänner“ können moralisch beruhigt sein – ihnen wird hier beschei-nigt, dass sie ganz anders handeln, als die verantwortungslosen Politiker.

Bei allem berechtigten Zorn, den Herr Todenhöfer formuliert hat, fehlen doch wesentliche Tatsachen. Es gibt keinen Krieg, keinen Bürgerkrieg, keine gewaltsame staatliche Unterdrückung und keine Aufstände auf der ganzen Welt, bei denen nicht auf beiden Seiten deutsche Waffen zum Einsatz kommen. Die Deutsche Rüstungsindustrie verdient seit Jahrzehnten klotzig daran und es fallen auch Brosamen von ihrem Tische zu uns Normalbürgern herab. Ja, richtig, diese Waffenverkäufe in alle Welt wurden und werden von der Bundesregierung und dem Parlament unterstützt. Panzer für Saudi-Arabien, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe für Griechenland und die Türkei, Schnellboote der Lürssen-Werft, und Handfeuerwaffen bis in die letzten Winkel des Globus …

Dagegen „müssten sich die Menschen“ in Deutschland nicht wenden, denn der Weg zur Hölle ist mit dem Konjunktiv gepflastert, sondern wir BürgerInnen, GewerkschafterInnen und überhaupt alle politisch bewussten Menschen müssen tatsächlich ganz konkret an jeder Stelle, an der wir Gehör und Einfluss erringen können, für eine Änderung dieser Politik kämpfen. Und es freut uns, wenn Herr Todenhöfer dabei ist!

M. Müller, Bremen

Leserbriefe

Zur Verfassungstreue der AfD

Die Mehrheit der Deutschen hat klar erkannt, dass die AfD alles andere als verfassungstreu ist. Sie bietet sich jetzt bereits als Nachfolgepartei der NPD an, falls diese verboten würde. Die Umfrage bez. der Verfassungstreue fand einige Wochen vor dem entlarvenden Interview mit Petry statt, in dem diese Waffeneinsatz gegenüber Migranten, auch Müttern mit Kindern, befürwortete, untermauertdurch die Berliner AfD Vorsitzende von Storch, MdEP. Der anschließende verbale Rückzug nützt nichts mehr. Sie haben sich verraten. Hier zeigt sich das wahre faschistische Gesicht der Partei. Auch die Deutschen, die in der Umfrage meinten, dass sich die Partei auf dem Boden des Grundgesetzes bewege, müssten es nach dem Interview besser wissen. Parteisympathisanten und Mitläufer haben jetzt wohl auch erkannt, dass sie aus Angst vor Fremden und aus Zukunftsangst Rattenfängern gefolgt sind. Schon vor dem Interview waren 13 % der AFD Wählerin der Umfrage der Ansicht, dass es mit der Verfassungstreue nicht weit her sei, jetzt sind es sicherlich noch weit mehr. Hass und Angst sind schlechte Berater; ich hoffe, dass bei den nächsten drei Wahlen die Vernunft obsiegt. Eine Partei wie die AfD geht von der Ideologie der Überlegenheit einer Rasse aus (völlig unabhängig davon, was im Parteiprogramm steht); alle anderen sind minderwertig oder nicht lebenswert. Zunächst trifft es Fremde, dann Juden, danach Behinderte und zuletzt alle, die nicht ihrer Ideologie folgen wollen. Damit - der Leser hat es sicher schon erkannt – scheinen sie in direkter Nachfolge der NSDAP zu stehen. Viele Druckerzeugnisse aus der rechtsradikalen Szene belegen diese Ansicht. Übrigens: unserer Justiz scheint das entgangen oder gleichgültig zu sein. Da können Parteigänger und ihre Freunde und Vollstrecker von der Pegida beliebig beileidigen, verleumden, mit Mord und Totschlag drohen, Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzen oder setzen lassen, das Volkverhetzen und aufwiegeln; was hören wir von der Justiz vom Amtsgericht bis zum Justizminister – kaum was. Selbst der Gründer der Partei, Herr Lucke, jetziger Parteichef der neoliberalen ALFA, hat sich im letzten Monat erschrocken über die Entwicklung geäußert. Das hatte er so nicht kommen sehen und gewollt. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, greift jeder zu dieser Ausrede! Hoffen wir, dass das deutsche Volk in einigen Jahren nicht auch zu dieser Ausrede greifen muss. Erstaunlicherweise haben sogar die Parlamentarier der Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament erkannt, was da auf Deutschland und Europa zukommt. Sie haben die MdEP Beatrix von Storch und Marcus Pretzellin der letzten Woche ultimativ aufgefordert, die Fraktion zu verlassen. Mehr Aufklärung kann man nicht mehr geben! Ich hoffe, dass die AFD Sympathisanten dies bei den nächsten Wahlen im Gedächtnis behalten.

Werner Schuster,
Senioren-Arbeitskreis der IG Metall

Thema: Flucht

Ein paar Anmerkungen zur WIR Nr. 26/2015. Ihr wolltet ja auch gerne Briefe der Leser haben. Es wird euch einiges nicht gefallen, was ich schreibe, aber schau'n wir mal.

Seit über 50 Jahren bin ich Mitglied einer Gewerkschaft und ich erlaube mir zu verschiedenen Themen eine eigene Meinung, die nicht immer mit der Linie der Gewerkschaft übereinstimmt. Ich beziehe mich bei meinem „Kommentar“ auf den Artikel „Flucht“.

Angeblich werden „Ängste von Politikern und Medien geschürt“! Mit Ausnahme der AfD, Teile der CSU und ein paar Abgeordneten der CDU kenne ich keine Politiker, die in Opposition zu der Aufnahme von Flüchtlingen sind. Welche Medien „schüren Ängste“? Ich habe eher den gegenteiligen Eindruck. Sehr viele flüchtlingsfreundliche Berichte und die Wortwahl der Moderation lassen fast vermuten, es gäbe bei uns ein Propagandaministerium. Gelegentliche Berichte über technische und organisatorische Probleme bei der Registrierung und Unterbringung bilden die kleine Ausnahme.

Dann wird von „500 Millionen Menschen in Europa“ gesprochen. Da würden 1 – 1,5 Millionen doch keine große Belastung sein. Es kann aber doch niemand entgangen sein, dass viele Länder in Europa keine und andere nur relativ wenige Flüchtlinge aufnehmen. Ich habe den Eindruck, sie handeln damit auch im Einverständnis mit ihrer Bevölkerung.

Für Deutschland bedeutete das in diesem Jahr rund 1 Mio. Flüchtlinge. Der Flüchtlingszustrom wird wohl auch im nächsten Jahr weitergehen. Wie viele dann kommen werden, kann noch niemand

„Deutsche Flüchtlinge aufnehmen!“

Ausstellungstipp

Der Autor von „Robinson Crusoe“, Daniel Defoe, engagierte sich vor 300 Jahren für die Aufnahme von Tausenden von Pfälzern, die innerhalb weniger Monate vor Krieg und Verfolgung nach Südengland geflohen waren. Die Ernährung und Versorgung seien „nicht nur ein großer Akt christlicher Nächstenliebe“, sondern „eine Ehre“ für das Land. Auch die einheimische Wirtschaft profitiere, wenn sie Kleidung und Lebensmittel für die Zugewanderten produziere.

Daniel Defoe

Wenn manche Engländer dagegen nun „mit Geschrei und Geschwätz“ Beschwerde führen, sei das „ganz im Gegensatz zu der Religion, zu der sie sich bekennen“, und erkläre sich nur durch „Mangel an gehöriger Aufklärung und das Verharren in alten Irrtümern“.

Ein zentraler Text von Defoe, die „Kurze Geschichte der pfälzischen Flüchtlinge“, ist im englischen Original zu sehen im Rahmen der Ausstellung „Plötzlich da. Deutsche Bittsteller 1709, türkische Nachbarn 1961“. Die Ausstellung im Auswandererhaus in Bremerhaven läuft bis zum 31. Mai (täglich 10 bis 18 Uhr).

---

sagen. Der Vollständigkeit halber muss aber erwähnt werden, dass Schweden und Österreich auch sehr viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Wir haben ungefähr 600.000 offene Stellen. Nach Angabe des Arbeitsministeriums können evtl. 100.000 - 200.000 in einigermaßen absehbarer Zeit einen Arbeitsplatz bekommen.

Wohnungen fehlen auch in so hoher Zahl, dass man sich gezwungen sieht, den Menschen die Turnhallen wegzunehmen. Das ist ein Skandal und ein Ausdruck der großen Ratlosigkeit. Nebenbei, haben wir nicht rund 2,5 Mio. Arbeitslose? In den nächsten Jahren werden durch den steigenden Computereinsatz auch noch viele Arbeitsplätze wegfallen. Nur zur Erinnerung. Es gibt in Deutschland auch noch 350.000 Menschen, die verächtlich „Penner“ genannt werden. Sie sind in „stigmatisierenden“ Massenquartieren untergebracht oder irgendwo draußen, wo sie „Platte“ machen. Das hat bisher nur wenige Menschen aufgeregt ...

Wir werden riesige Probleme bekommen, weil wir die Menschen, die voller Hoffnung zu uns gekommen sind, enttäuschen werden. Eine „Willkommenskultur“ schafft keine Arbeitsplätze. Wir haben uns mal wieder übernommen, wie so oft in unserer Geschichte.

Karl-Heinz Hinrichs, Lilienthal

Impressum

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitkreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen

Druck:
Die Senatorin für Kinder und Bildung

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg (GEW), Detlef Dahlke, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Traudel Kassel, Inge Markowsky, Margot Müller, Bernd Krause, Günther Wesemann, Dieter Tarnowski †, Brigitte Wilkening (ver.di)

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12
E-Mail: m.weule@aulbremen.de

BREMEN

10.15 Uhr	Treffpunkt Parkplatz Weserstadion, Abmarsch ca. 10.45 Uhr
12.05 Uhr	Kundgebung auf dem Domshof
13.30 Uhr	Maifest mit WOS-Lehrer-Band
RednerInnen	Annette Düring, DGB-Vorsitzende Bremen
	Harald Schaum, stellv. Vorsitzender der IG BAU
	Ina von Bötticher, Junge GEW
	Klaus Hering, BR-Vorsitzender ArcelorMittal

BREMEN-NORD

10.00 Uhr	Sammeln am Arbeitsamt
10.30 Uhr	Demonstrationszug mit Musik
11.00 Uhr	Kundgebung am Sedanplatz
Redner	**Michael Gerdes,** IG Metall Bremen

BREMERHAVEN

10.00 Uhr	Treffpunkt Gewerkschaftshaus, Hinrich-Schmalfeldt-Straße
11.00 Uhr	Kundgebung „Große Kirche“, Bremerhaven „Bürger“
12.00 Uhr	Maifest vor der „Großen Kirche“
RednerInnen	Lutz Bock, DGB-Stadtverband Bremerhaven
	Yasmin Fahimi, Staatssekretärin Bundesarbeitsministerium
	Cem Çadirci für die MigrantInnen
	Malte Pertzsch für Jugend